



# Protokoll

der 25. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 13. September 2023, um 7:32 Uhr

**Vorsitz:** *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*  
**Abwesende:** -

## Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	4
3.	Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP) .....	5
4.	Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP) .....	6
5.	Rücktritt von Silvia Rietschi Jenny als Mitglied des Erziehungsrates per 30. Juni 2023 .....	6
6.	Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022 .....	7
7.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2022; Partnerschaftliches Geschäft.....	11
8.	Ratschlag Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für die Jahre 2023-2026 sowie Nachtragskredit Erhöhung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für das Jahr 2023 .....	13
9.	Bericht betreffend «Konzept Förderung Jugendkultur».....	24
10.	Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022 .....	29



## Beginn der 25. Sitzung

Mittwoch, 13. September 2023, 09:00 Uhr

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[13.09.23 09:00:12]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

Ich begrüsse Sie zur Septembersession und der heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

### Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Gabriel Nigon, LDP nimmt den Platz des zurückgetretenen Jeremy Stephenson ein. Ich bitte Gabriel Nigon, sich kurz vor seinem Sitz zu erheben. [Applaus]

Ich wünsche Gabriel Nigon für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

### Rücktritt aus dem Erziehungsrat

Silvia Rietschi Jenny hat als Mitglied des Erziehungsrates auf Ende Juni 2023 den Rücktritt erklärt. Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Die Ersatzwahl ist heute traktandiert.

### Neue Interpellationen.

Sie haben einen Rekord gebrochen, es sind 32 neue Interpellationen eingegangen und das ist ein Rekord. 19 Interpellationen werden durch den Regierungsrat mündlich beantwortet. Aufgrund der Menge verzichte ich darauf, Ihnen vorzulesen, welche dies sind. Sie finden die auf die Angabe aber auf der Liste auf ihrem Platz. Und ich gehe davon aus, dass wir heute Nachmittag deutlich über zwei Stunden für die Interpellation einberechnen müssen.

### Angepasste GO in Kraft

Seit dem 1. September ist der erste Teil der revidierten Geschäftsordnung in Kraft. Ich möchte insbesondere darauf hinweisen, dass Sie gemäss §39 Absatz 5 der AB bei der schriftlichen Beantwortung einer Interpellation anstatt einer mündlichen Stellungnahme eine schriftliche Stellungnahme zu Protokoll geben können. Diese darf maximal 5'000 Zeichen umfassen.

### Persönlicher Anlass «175 Jahre demokratischer Bundesstaat - Bundesverfassung erneuern?»

Ich organisiere heute Abend hier im Grossratssaal ein Podiumsgespräch zur Feier von 175 Jahre moderne Bundesverfassung. Es würde mich freuen, wenn auch einige von Ihnen an diesen Anlass kommen. Dieser beginnt um 18 :30 Uhr hier im Grossratssaal. Einige ausgedruckte Exemplare der Einladung lege ich hier auf den auf den Tisch des Hauses.

### Anlass der Kulturgruppe

Das Co-Präsidium der Kulturgruppe des Grossen Rates freut sich, Sie auf die heutige Veranstaltung der Kulturgruppe aufmerksam zu machen. Die Archäologische Bodenforschung führt durch die laufenden Ausgrabungen in der St. Alban-Vorstadt und im Luftgässlein. Sie sind alle herzlich eingeladen, auch zum anschliessenden Apéro. Die Führung dauert ca. 1 Stunde. Besammlung: 18:30 Uhr am Schöneck Brunnen an der Verzweigung St Alban-Vorstadt/Mühlenberg. Sasha Mazzotti nimmt Ihre Anmeldungen entgegen und steht auch für Fragen zur Verfügung.

### Neues Abstimmungssystem

Bevor wir zur Tagesordnung kommen möchte ich David Jenny ans Rednerpult bitten. Er wird als Präsident der Subkommission Abstimmungssystem des Ratsbüros uns das neue Abstimmungssystem erklären.

*David Jenny (FDP):* Ich war nicht aus Versehen auf der Redeliste eingetragen, aber eine Vorbemerkung, wenn Sie unsicher sind, ob Sie richtig eingeecheckt sind, können Sie sich kurz als Redner eintragen und dann wieder austragen. Das alte System, für diejenigen von Ihnen, die sich noch daran erinnern, war nur etwa 11 Jahre in Betrieb. Es war Android Phones per WLAN mit dem Abstimmungsserver verbunden. Es war in typischer Basler Art von einer Basler Firma lart entwickelt und customized auf unsere Bedürfnisse mit dem allerletzten Basler Finish. Die vielen Bluetooth-Geräte, die wir alle mitführen, haben in den letzten Jahren zu WLAN-Verbindungsproblemen geführt. Die alte Bildschirmtechnologie war wenig reaktiv,



darum haben wir auch die Bildschirme völlig entfernt. Nein, der Grund war, mit Bildschirm wäre wahrscheinlich kein Platz mehr geblieben auf dem Pult für Ihre etwa drei elektronischen Geräte und nach 10 Jahren Nutzung war auch der End of Lifecycle erreicht und wir hätten keinen garantierten Support mehr gehabt für den Weiterbetrieb.

Anforderungen: das neue System ist kabelgebunden, also nicht mehr WLAN-Knöpfe. Das soll eine längere Lebensdauer garantieren und hat genau sechs Knöpfe. Drei zum Abstimmen, Ja/Nein und Enthaltung und dann drei, um sich auf die Redeliste, neue Terminologie nach neuer GO, einzutragen als Sprechender, Sprechende für die Fraktion, Einzelsprechende oder für eine Zwischenfrage. Wir haben uns für ein bewährtes Standard-System entschieden und sind dabei geblieben, keine Mikrofone am Platz. Einerseits wollen wir unsere Tradition aufrechterhalten, dass man von vorne spricht, andererseits mit einem Mikrofon bei diesen Platzverhältnissen wäre es auch schwierig gewesen. Es ist ein System der Firma Brähler, nicht Dähler, unserer früheren Chef des Parlamentsdienstes. Es ist bereits in Betrieb, Kantonsräte Zürich, St. Gallen, Glarus, im Wohnerrat Riehen, also unsere Doppelvertreterinnen und Vertreter in Riehen haben einen gewissen kompetitiven Vorteil, und unser Partnerkanton Basel-Landschaft wird sich auch anschliessen. Es ist ein Installationssupport durch Kilchenmann. Herr Thomas Jud, der hier auf der letzten Reihe sitzt, ist kein neues Mitglied unseres Parlamentes, sondern der zuständige Fachmann von Kilchenmann und er wird uns heute in der ersten Sitzung begleiten. Wir haben auch Vertreter der weiteren Firmen auf der Tribüne, die uns da begleitet haben.

Jetzt kurz Timeline. Ich glaube, es hat 2020 angefangen, dann sind wir eben zu Kilchenmann gekommen. Dann wurde das Projekt formell durch Immobilien Basel-Stadt und das Bau- und Verkehrsdepartement übernommen. Wir waren immer im sehr engen Austausch mit dem Denkmalschutz, also alles, was Sie jetzt vor sich haben, zum Beispiel die Tastatur, etc., das ist Denkmalschutz geprüft. Auch die neuen Beamer hier, weil sie eben abmontierbar sind, ist der Denkmalschutz hier grosszügiger. Die Bildschirme, die neu sind, also es passt alles in das Konzept, sind fast so, wie man es etwa 1900 installiert hätte. Wir haben dann schlussendlich zwei Sommer gebraucht für die Arbeiten, es wäre zu ehrgeizig gewesen, es in einem Sommer durchzuführen.

Jetzt nur ganz kurz, wer war als beteiligt. Es hat also noch mit Salome Hofer und Heiner Vischer begonnen. Dann haben wir eine SubKo eingesetzt, der haben eben der jetzige Präsident, seine Vorgängerin und sein Vorgänger angehört und das gesamte Ratsbüro hat sich auch bei allen wichtigen Entscheidungen daran beteiligt. Dann haben wir Herr Widmer von der Staatskanzlei und zweimal Widmer und Herr Fahrer und Herr Rauch, teilweise hier anwesend, die sich von Seiten der Verwaltung damit beschäftigen durften und uns tatkräftig unterstützt haben. Sie dürfen auch nicht vergessen, dieser Saal wird ja von uns gebraucht, aber auch sehr intensiv von der Staatskanzlei für Veranstaltungen aller Art und wir haben dann auch einen Mandanten, der nicht Parlamentsarbeit ist, sondern eben die Veranstaltungen.

Dann wurde Ihnen gesagt, nur noch die neue Karte nutzen, da müssen Sie immer ihren Namen lesen können. Sie sind sofort verbunden, es sollte keinen Verbindungsabbruch mehr geben dank der Verkabelung und wie gesagt, wenn Sie unsicher sind, melden Sie sich kurz an auf der Redeliste und dann wieder ab. Sie können sich nur noch digital eintragen, das heisst, der Statthalter, die Statthalterin muss nicht mehr eine halbe Stunde vorher hier sein, um manuell zu erfassen, wer zu welchem Traktandum reden will. Bitte geben Sie sich richtig ein, ob Sie wirklich Fraktionssprechende sind oder Einzelsprechende. Wenn von einer Fraktion sich dann drei als Fraktionssprechende melden, dann bitten wir Sie, das fraktionsintern zu klären. Auch bei Interpellationen, wenn Sie begründen, sollten Sie sich eintragen. Und Sie können sich jederzeit auch wieder austragen.

Die Redeliste wird jetzt angezeigt, die sollte auch im Vorraum angezeigt werden. Fraktionssprechende grün, Einzelsprechende weiss und dann können Sie auch etwa abschätzen, wie lange Sie im Vorraum noch bleiben können. Das Präsidium gibt Sie dann als sprechende Person frei inklusive Mikrofon und je nachdem entzieht Ihnen das Präsidium auch wieder das Wort. Am Redepult, Sie können nur sprechen, wenn Sie eingetragen sind und das Präsidium Sie freigegeben hat. Ausnahmsweise kann das Präsidium Sie auch freigeben, wenn Sie nicht eingetragen sind. Das bedeutet dann, dass auf dem Livestream Ihr Name nicht automatisch erscheint. Die Höhe des Redepultes kann weiterhin individuell eingestellt werden. Abstand zu den Mikrofonen, 30 cm sein ideal, und nach dem Votum können Sie hier deaktivieren.

Dann die Abstimmung. Sie drücken, die Abstimmungsdauer ist wieder 20 Sekunden, während der Abstimmungsdauer können Sie weiterhin ihre Meinung ändern. Neu wird der Stichentscheid des Präsidiums auch über das System erfasst und das Abstimmungsverhalten wird auf den Leinwänden angezeigt.

Dann haben wir eine neue Webcam im Saal. Vorne links ist diese und diese filmt in den Saal, wenn niemand spricht. Die Webcam zeigt den Saal von vorne, insbesondere die Sitzplätze unter der Kamera werden nun deutlicher gezeigt und die beiden Webcams hinten zeigen lediglich die sprechenden Personen an den Mikrofonen.

Mit dem übergebe ich dem Herrn Präsidenten für eine Testabstimmung und logge mich hier ordnungsgemäss aus.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir starten mit einer Testabstimmung.*



## Abstimmung

Testabstimmung

JA heisst wer ist über 50 Jahre alt, NEIN heisst wer ist unter 50 Jahre alt.

## Ergebnis der Abstimmung

**38 Ja, 48 Nein, 10 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001131, 13.09.23 09:16:05]

## Der Grosse Rat beschliesst

-erfolgreiche Durchführung der Testabstimmung-

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es sind 38 über 50 und 48 unter 50. Wir machen eine weitere und letzte Abstimmung.

## Abstimmung

Testabstimmung II

JA heisst Sie tragen ein Tattoo, NEIN heisst Sie tragen kein Tattoo.

## Ergebnis der Abstimmung

**13 Ja, 66 Nein, 16 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001132, 13.09.23 09:17:13]

## Der Grosse Rat beschliesst

-erfolgreiche Durchführung der zweiten Testabstimmung-

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Was die 16 Enthaltungen bedeuten sollen, weiss ich zwar nicht, aber jetzt wissen wir, dass 13 Kolleginnen und Kollegen ein Tattoo am Körper tragen.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt, Geschäft 1 ist erledigt.

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[13.09.23 09:19:50]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Raphael Fuhrer, Präsident der UVEK, beantragt, das Geschäft 23.0812.01 Ratschlag Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenterrasse Variante Südquai der UVEK zum Mitbericht zu überweisen. Möchte Raphael Fuhrer begründen? Er verzichtet. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Sie haben den Ratschlag der UVEK zum Mitbericht überwiesen.

Franziska Roth, Präsidentin der BKK, beantragt, das Geschäft 23.0450 Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian sowie das Geschäft 23.1067 Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen der BKK zum Mitbericht zu überweisen. Möchte Franziska Roth begründen? Sie verzichtet. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben die beiden Ratschläge der BKK zum Mitbericht überwiesen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen



vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

### **3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)**

[13.09.23 09:21:30]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind.

Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir stimmen über offene Wahlen ab.

#### **2/3-Abstimmung**

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 NEIN heisst geheime Wahlen

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001136, 13.09.23 09:22:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für offene Wahlen entschieden mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Gemäss Paragraph 14 Absatz 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Gabriel Nigon. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir stimmen ab.

#### **Abstimmung**

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001137, 13.09.23 09:24:00]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Abstimmung wird wiederholt

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich wiederhole diese Abstimmung.



### Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

### Ergebnis der Abstimmung

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001140, 13.09.23 09:24:53]

### Der Grosse Rat wählt

Gabriel Nigon als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben Gabriel Nigon gewählt mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Ich gratuliere Gabriel Nigon zur Wahl als Mitglied der JSSK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

## 4. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

[13.09.23 09:25:23]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für die Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Gabriel Nigon. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen.

### Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001142, 13.09.23 09:26:17]

### Der Grosse Rat wählt

Gabriel Nigon als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben Gabriel Nigon gewählt mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Ich gratuliere Gabriel Nigon zur Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

## 5. Rücktritt von Silvia Rietschi Jenny als Mitglied des Erziehungsrates per 30. Juni 2023

[13.09.23 09:26:41]



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für die Wahl als Mitglied des Erziehungsrats von der Fraktion die Mitte/EVP vorgeschlagen wurde Herr Marco Natoli. Der Lebenslauf von Herrn Marco Natoli wurde Ihnen verteilt. Wir stimmen ab.

### Abstimmung

Wer Marco Natoli wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001144, 13.09.23 09:27:39]

### Der Grosse Rat wählt

Marco Natoli als Mitglied des Erziehungsrates.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben Marco Natoli gewählt mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Ich gratuliere Marco Natoli zur Wahl als Erziehungsrat und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

## **6. Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022**

[13.09.23 09:28:03, 23.0712.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Beiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 485'200 zu bewilligen. Für die Kommission GSK das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Zuallererst möchte ich die Gelegenheit nutzen, um den 400 Gastfamilien in Basel für ihre grosszügige Bereitschaft zu danken, geflüchtete Menschen aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen. Nur dank dieser gelebten Solidarität und der Anteilnahme gegenüber schutzsuchenden Menschen auf der Flucht konnte die notwendige und zeitnahe Unterbringung von so vielen Menschen überhaupt ermöglicht werden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat innert wenigen Monaten zu einer grossen Fluchtbewegung in Europa und zu viel persönlichem Leid und enormer Zerstörung geführt. Mehrere Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen und flüchteten in verschiedene europäische Länder.

Die Kommission hat den Ausgabenbericht an einer Sitzung im Beisein des Vorstehers des WSU, dem Amtsleiter der Sozialhilfe Basel-Stadt sowie der Geschäftsleiterin GGG Benevol vorgestellt bekommen und beraten. Aufgrund der klaren Zustimmung aller Beteiligten der Kommission haben wir uns für eine mündliche Berichterstattung entschieden.

Innert kurzer Zeit wurde im Frühjahr 2022 zum regulären Gastfamilienprojekt der GGG Benevol das Teilprojekt Unterkunft Ukraine aufgebaut. Zwischen Ende Februar und Ende April 2022 haben 1'400 geflüchtete Menschen aus der Ukraine vor dem russischen Krieg bei uns in Basel nach Schutz gesucht. In diesen zwei Monaten haben sich über 600 Gastgeber bei der GGG gemeldet. In wenigen Wochen sind also 1'200 Personen in privaten Haushalten untergebracht worden. All dies musste gut koordiniert und mit der Sozialhilfe abgestimmt werden. Zudem ist es zentral, dass neben den geflüchteten Menschen auch die Beherbergungen in Gastfamilien unterstützt werden. Zum Glück bestand bereits seit 2015 das Gastfamilienprojekt GGG Benevol. So konnte auf wertvolle langjährige Erfahrung in der Privatunterbringung von geflüchteten Menschen zurückgegriffen werden. Dies erst ermöglichte das rasche reagieren und die Lancierung des Teilprojekts Unterkunft Ukraine. Ohne dieses zivilgesellschaftliche Engagement und ohne eine gemeinnützige Organisation, die über das



entsprechende Wissen und Erfahrung in Verfahrensabläufen verfügt, hätten wir in Basel nie diese Qualität der Unterbringung zur Verfügung stellen können. Eindrücklich zeigt sich, wie wichtig die sozialen Organisationen sind und wie sinnvoll es ist, Angebote langjährig zu sichern, sozusagen als Vorhalteleistung bei Krise zur Verfügung zu stellen.

Die meisten Gastaufenthalte in den Familien betragen 3 bis 6 Monate. 90 Prozent der Gastaufenthalte konnten regulär beendet werden. Es war wichtig, dass die GGG Benevol neben der Koordination auch die Prüfung der Privatunterkünfte sowie die Verantwortung für Anschlusslösungen übernommen hat. Nach mehr als einem Jahr kann klar bestätigt werden, dass die soziale Integration über Gastfamilien um einiges rascher stattfindet und private Netzwerke wirken zudem unterstützend bei der Arbeitsintegration und bei Wohnanschlusslösungen. Der Mehrwert dieses Angebots ist eindeutig und klar ersichtlich. Es passt sich aber auch den aktuellen Gegebenheiten an. Aufgrund der Abnahme von Zuweisungen in den Kanton Basel-Stadt konnten Personalressourcen wieder abgebaut werden.

Das Projekt Unterkunft Ukraine soll auch im 2023 fortgesetzt und mit einem Kostendach von maximal Fr. 400'000 ausgestattet werden. Zurzeit wird mit einer geringeren Zahl an Gastverhältnissen gerechnet. Dafür wird die Begleitung für längere Gastverhältnisse, also die, die länger da bleiben, intensiver und an Bedeutung gewinnen. Zudem beantragt die Regierung, den entstandenen Fehlbetrag von Fr. 85'200 vom letzten Jahr zu übernehmen. Diese Ausgaben sind zusätzlich zum bestehenden Staatsbeitrag für das reguläre Angebot der GGG Gastfamilien für Flüchtlinge, den Sie im Januar 2021 hier im Grossen Rat bereits bewilligt haben. Das grössere Teilprojekt Unterkunft Ukraine ist somit klar finanziell mit einer eigenen Leistungsvereinbarung abgegrenzt. Ich danke dem WSU, Regierungsrat Kaspar Sutter für die Präsentation des Ausgabenberichts und der Kommission für die interessierte und zügige Beratung kurz vor den Sommerferien.

Die GSK ist überzeugt vom Angebot und schätzt das grosse Engagement der GGG Benevol bei der Unterbringung und Begleitung von geflüchteten Menschen bei Gastfamilien. Aus der Kommission kamen viele interessante Fragen zur Situation der geflüchteten Menschen, zu den Gastfamilien, zur Art und Weise der Unterstützung, zur Rolle der Sozialhilfe und der Möglichkeit, das Angebot auch auf andere Gruppen auszuweiten.

Die Kommission ist auf das Geschäft eingetreten und beschloss einstimmig, die beantragten Fr. 485'200 zu bewilligen. Dabei handelt es sich um, wie schon erwähnt, Fr. 85'200 für das Jahr 2022 und Fr. 400'000 in Form eines Kostendachs für das Jahr 2023. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Beschluss der GSK folgen würden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der brutale Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat dazu geführt, dass innert kürzester Zeit viele Menschen flüchten mussten von den fallenden Bomben und sie sind auch zu uns nach Basel gekommen, um Schutz zu suchen von diesem schrecklichen Krieg. Die Anzahl an Flucht suchenden Menschen hat sich durch diesen Krieg in Basel ungefähr verdoppelt. Heute sind es 1'900 Menschen aus der Ukraine, die bei uns in Basel Unterkunft finden. Dies war nur möglich zu handeln von staatlicher Seite, weil wir eine unglaubliche Solidarität hatten von Seiten der Zivilbevölkerung, von Gastfamilien, die bereit waren, Menschen bei sich aufzunehmen, ihr Badezimmer zu teilen, ihnen zu helfen, auch bei der ersten Integration hier bei uns in Basel. Es war eine unglaubliche wichtige Arbeit, die die Gastfamilien hier geleistet haben.

Wir haben aus Basel-Stadt ganz konsequent auf die Unterbringung bei Gastfamilien gesetzt, dies auch schon vorher, weil wir hatten mit GGG Benevol bereits vorher eine Vereinbarung, dass sie mit Gastfamilien arbeiten, die bereit sind, flüchtende Menschen bei sich aufzunehmen. Das hat uns in dieser Krise sehr geholfen, dass mit GGG Benevol eine sehr professionelle Organisation vorhanden war, die Erfahrung hatte in diesem Bereich. Es ging darum, dann diese Aufgabe zu skalieren und auf diese neue Mengengerüste anzupassen mit Rekrutierung von Menschen, von Mitarbeitenden, wie das die GGG Benevol gemacht haben. Wie haben ja auch den dringlichen Beschluss, für das 2022 bereits Geld gesprochen und jetzt kommen wir zu Ihnen für die Ausgabenbewilligung für das Delta, das noch nicht finanziert ist im 2022 und für die Ausgaben im 2023.

Das war, wie gesagt, eine grosse Entlastung. Unser Wunsch von unserer Seite ist, dass diese positive Erfahrung auch genutzt werden kann für flüchtende Menschen aus anderen Regionen. Gastfamilien sind ein gutes Konzept für die Aufnahme von Menschen, für die Integration, für das Zurechtfinden von diesen Menschen hier bei uns in Basel.

Deshalb möchte ich mich herzlich bedanken bei allen Gastfamilien, bei GGG Benevol und auch bei der GSK für die Behandlung dieser Ausgabenbewilligung und ich möchte Sie bitten, dieser Ausgabenbewilligung von Fr. 485'000 zuzustimmen. Vielen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Patrick Fischer.





*Patrick Fischer (SVP):* Mit Blick auf den «Chrüzlistich» können wir erkennen, dass hier allgemeine Zustimmung herrscht, auch und gerade von der SVP. Ich möchte mich dennoch kurz, mit Betonung auf kurz dazu äussern.

Es kommen zu viele und die falschen gilt hier nicht. Das viel Gesagte, was immer der SVP zugeschrieben wird, gilt hier eben nicht. Ukrainer sind nicht aus wirtschaftlichen Gründen geflüchtet, sondern weil ihre selbst erkämpfte Demokratie angegriffen wurde.

Es handelt sich hier um unsere europäischen Nachbarn, welche unsere Werte mit uns teilen. Das zeigt die problemlose Unterbringung bei den Gastfamilien. Weitgehend ist es da nicht zu Problemen gekommen und das zeigt, dass diese Leute auch Integration gelebt haben. Bei den Geflüchteten handelt es sich zudem vorwiegend um Frauen und um Kinder sowie ältere Männer nicht mehr im Dienst fähigen Alter. Sie sind bis jetzt nicht auffallend strafrechtlich in Erscheinung getreten. Die Geflüchteten haben den Schutzstatus S und viele von ihnen möchten gerne wieder in ihre Heimat zurückkehren. Jene, welche sich hier in der Schweiz gut integrieren, finden vielleicht sogar hier in der Schweiz ihre Heimat.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Anina Ineichen.

*Anina Ineichen (GAB):* Ich spreche hier für die Fraktion der SP und des GABs. Die Arbeit von GGG Benevol ist sehr wertvoll. Die Gastfamilien helfen bei der Integration, sie helfen den Behörden, dass alle Personen schnell eine Bleibe finden können und es hilft auch den Personen selbst, damit Sie ankommen können in der Schweiz, schnell integriert werden, der Spracherwerb geht schneller, es ist ein grosser Gewinn, unabhängig von der Herkunft der Personen.

Ich bin auch diesen Gastfamilien sehr dankbar. Ich selbst bin in einem Grosshaushalt aufgewachsen, ich kann Ihnen sagen, Wohnräume zu teilen ist eine grosse Aufgabe, es ist eine Herausforderung und dass so viele Menschen sich bereit erklärt haben, das zu machen, das ist sehr schön und das ist toll, aber es muss auch begleitet werden, weil so mit dieser Begleitung kann es danach funktionieren.

Noch ein paar Worte zum Vorredner: ich denke, ganz egal, woher eine Person kommt, welches Geschlecht sie hat, welchen Fluchtgrund, wenn eine Person fliehen muss und Asyl bekommt in der Schweiz, hat sie das Anrecht auf eine geeignete und gute Unterkunft. In Gastfamilien, das haben wir im Bericht gelesen, ist das ideal für das Ankommen. Ich habe gesagt, der Spracherwerb geht schneller, man kommt an und man hat ein Netzwerk, das hier hilfreich sein kann. Und das wünsche ich für alle Personen, die hier ankommen, egal woher. Es gibt nicht gute oder schlechte, es gibt einfach einen Fluchtgrund und das müssen wir anerkennen. Vielen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich rede nur zu diesem Geschäft, danach rede ich nicht mehr. Es ist Zufall, dass das Geschäft gerade jetzt behandelt wird, aber nicht, dass Sie denken, ich rede ständig. Ich rede nur zu diesem Geschäft und dann rede ich nicht mehr. Danke schön. Ich erkläre Ihnen aber, warum ich zu diesem Geschäft rede.

Ich bin eine 1-Thema-Partei und ich spreche nur noch zu Sachen, wo mich selber betreffen. Und da es hier um die Ukraine geht, muss ich das Wort ergreifen. Danach rede ich nicht mehr, das verspreche ich Ihnen. Ich bin der einzige Grossrat, der das Ukraine-Wissen hat und daher muss ich hier den Takt vorgeben. Wie Sie ja wissen, war ich im Sommer 2022 für drei Wochen in der Ukraine. Ich habe direkt neben dem grössten Atomkraftwerk Europas in Saporischschja gewohnt, da ich vom 30. März 2022 bis zum 3. April 2023 mit einer Frau aus der Ukraine zusammen war. Ich habe mir den Text genau durchgelesen und muss feststellen, hier fehlen viele Angaben, daher auch meine Rede.

Es geht um Flüchtlinge aus der Ukraine und wie wir wissen, sind das zu 90 Prozent nur Frauen. Die Zeitung 20 Minuten schrieb diesen Juli, dass sich die Schweizer Bevölkerung vor allem diese Flüchtlinge wünscht, jung und weiblich. So ist es gestanden in 20 Minuten im Juli in unserer parlamentarischen Sommerpause. Ich habe gestaunt, dass es geheissen hat, die Schweizer Bevölkerung will junge und weibliche Flüchtlinge. Meine Damen und Herren, genau das sagte ich hier im Parlament, dass ich mir auch junge und weibliche Flüchtlinge wünsche. Das sagte ich im 2016, als wir die Welle aus Syrien hatten und die SP-Grossratspräsidentin entzog mir das Wort. Es sind Sachen, die gesagt werden müssen im jetzigen Umfeld zu den Ukraine-Flüchtlingen und ich gehe noch einen Schritt weiter, auch was nicht im Text steht, aber Eric Weber weiss es. Es ist leider so, dass der Hass gegen die Frauen aus der Ukraine steigt und ich kenne viele Frauen, die sagen, es geht nicht, die Frauen aus der Ukraine fahren hier in der Schweiz mit den Autos aus der Ukraine umher. Ein Schweizer Sozialhilfeempfänger muss sein Auto abgeben.

Liebe Grossräte, ich schaue genau hin und stelle fest, dass viele Frauen nun bei den ukrainischen Frauen genau hinschauen. Sie empfinden die Situation als ungerecht und die Stimmung ist leider so. Ich habe selbst viele Autos der



Ukraine gesehen in der Schweiz, in Deutschland, in Bulgarien, alle fröhlich mit dem Auto unterwegs auf unsere Kosten. Daher stelle ich diese Anträge: Rückweisung und Nichteintreten. Im Text steht auch nicht, dass rund 90 Prozent aller Asylanten aus der Ukraine in ihre Heimat zurückkehren zu Urlaubszwecken, aber dennoch hier Sozialhilfe beziehen. Das geht auch nicht und das steht auch nicht im Bericht. Ich komme zum Schluss.

Es bräuchte hier nur die positiven Sachen gesagt. Kaspar Sutter als Regierungsrat hat gesagt, fallende Bomben, aber die Bomben fallen in 5 Prozent des Landes und nicht in 95 Prozent. Die SVP hat gesagt, lieber Kollege von der SVP, Sie haben gesagt, die ukrainischen Frauen oder die Flüchtlinge sind nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten. Ich muss dem widersprechen, wenn die Frauen für zwei Monate im Sommer in die Ukraine gehen, aber hier trotzdem ihre Sozialleistungen weiter beziehen, ist das Leistungsbetrug und unerlaubte Ortsabwesenheit. Also es sind hier Sachen hinter der Kulisse, die hier passieren und wenn da der Kommissionssprecher gesagt hat, Gastfreundschaft ist wichtig, dann muss ich aber auch sagen, dass die Gastfreundschaft bei vielen Schweizern missbraucht wird. Diese Leute verlassen ihre Heimat, aber gehen zu Ferienzwecken in ihre Heimat zurück. Ich bin der beste Beweis, ich bin auch drei Wochen in der Ukraine gewesen. Und dann, das hat noch der Kommissionssprecher gesagt, mit der Sozialhilfe ist das alles abgestimmt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet Herr Regierungsrat auf ein Votum, der Kommissionspräsident verzichtet ebenso. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

#### **Abstimmung**

Über das Eintreten

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA. Wer nicht eintreten will, stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001146, 13.09.23 09:46:12]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf das Geschäft einzutreten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung. Rückweisung wurde von Herrn Eric Weber beantragt. Er beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir stimmen ab.

#### **Abstimmung**

über die Rückweisung an den Regierungsrat

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001147, 13.09.23 09:47:09]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag auf Rückweisung abgelehnt mit 92 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

**Detailberatung** (Seite 13 des Ausgabenberichts)



Titel und Ingress

1. Bewilligung der Ausgaben

Alinea 1

Alinea 2

Publikationsklausel

### Abstimmung

Schlussabstimmung:

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001148, 13.09.23 09:48:06]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für das Teilprojekt «Unterkunft Ukraine» von GGG Benevol «Gastfamilien für Flüchtlinge» werden für die Jahre 2022 und 2023 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 485'200 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Dienststelle Sozialhilfe, bewilligt. Die Ausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

- Fr. 85'200 für das Jahr 2022

- Fr. 400'000 für das Jahr 2023 in Form eines Kostendachs gemäss effektiv anfallenden Kosten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

## 7. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2022; Partnerschaftliches Geschäft

[13.09.23 09:48:20, 23.0692.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die IGPK-Rheinhäfen beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der Partnerkanton wird am 14. September darüber beraten. Für die Kommission IGPK hat deren Vizepräsident Oliver Battaglia das Wort.

*Olivier Battaglia (LDP):* Ich darf Ihnen berichten, dass die IGPK-Rheinhäfen sich erneut an zwei Sitzungen und einem fakultativen Besuch des Hafenfestes die sehr gute Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Schweizerischen Reihenhäfen erleben durfte. In Anbetracht der vielen bevorstehenden Geschäfte dieses Tages möchte ich darauf verzichten, auf die einzelnen Zahlen im Jahresbericht einzugehen, sondern auf den ausführlich informativen Jahresbericht der Schweizerischen Rheinhäfen zu verweisen. Das Total des wasserseitigen Hafenumschlags lag fast 15 Prozent unter dem Vorjahresergebnis, wofür in erster Linie der stark zurück gegangene Umschlag von Mineralölprodukten aufgeführt werden kann. In der Umschlagsstatistik 2022 werden die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs mit seinen globalen Marktverwerfungen im Energiebereich als massgeblicher Einfluss für dieses Geschäftsfeld aufgeführt. Die in die Höhe schnellenden Preise bewirkten, dass die Lager abgebaut wurden. Die Schweizerischen Rheinhäfen machen aber auch auf die schwierigen Rahmenbedingungen der Containerschiffahrt im Jahr 2022 aufmerksam.



Mangel an Schiffskapazitäten wegen dem hohen Bedarf an Schifffraum für den Kohlentransport für die deutschen Kraftwerke und den Transport von Getreide aus der Ukraine auf der Donau haben zu einer Einschränkung der Verfügbarkeit von Schiffspersonal geführt. In Sachen Schiffspersonal kann positiv hervorgehoben werden, dass sich in Sachen Ausbildung einiges getan hat und die Berufsbilder in der Schifffahrt wieder an Attraktivität gewonnen haben, was positiv für die Zukunft betrachtet werden kann. Insgesamt war 2022 ein Jahr mit extremen Herausforderungen für die Reedereien, Hafenfirmen und Logistiker. Es sind aber auch die Chancen in den Fokus gerückt, etwa punkto Energieträger der Zukunft, namentlich Wasserstoff, und auch die Notwendigkeit der Sicherung der Wasserwege, sprich die Vertiefung der Fahrrinnen im Mittelrhein.

Ein weiterer Aspekt der Diskussionen waren die internationale Dimension der Rheinschifffahrt und deren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen sowie mittelbar auch die laufende Revision des Bundesgesetzes über die Schiffsregistrierung.

Die Kommission konnte feststellen, dass die Schweizerischen Rheinhäfen in einem neuerlich von Verwerfung geprägten Jahr gute Resultate erzielen konnte und trotz oder sogar wegen diesen anhaltenden Turbulenzen intensiv an der Zukunft des Unternehmens und der Rheinschifffahrt gearbeitet haben.

Um zum formellen Schluss zu kommen, bitte ich Sie im Namen der IGPK Schweizerische Rheinhäfen, welche dem Bericht einstimmig zugestimmt hat, den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2022 der Schweizerischen Rheinhäfen positiv zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Die Schweizerischen Rheinhäfen ist eine wichtige Infrastruktur für Basel, aber auch für die ganze Schweiz, da sehr viele der Importe und Exporte über diese Drehscheibe laufen. Wir führen diesen Hafen gemeinsam mit dem Kanton Baselland und wir sollten Sorge tragen zu diesem Hafen, dass er sich auch weiterentwickeln kann und weiterhin seine Funktion wahrnehmen kann im Logistikland, für die Logistik in der Schweiz.

Die Kommission, die IGPK hat sich intensiv auseinandergesetzt mit den Rheinhäfen. Ich schätze diese Diskussion auch sehr, dass man auch die Spiegelung hat mit Ihnen als Parlament über Sinn und Zweck unserer Beteiligungen, den Herausforderungen und den Chancen, die sich stellen. Ein Thema, das ist ganz bestimmt die Niederwasserperioden, die der Rhein kennt. Wir in Basel haben die entsprechende Schifffahrtsrinne bereits vertieft und korrigiert und da unsere Massnahmen gemacht. Es gibt aber noch Abschnitte, insbesondere in Deutschland beim Abschnitt Loreley, wo auch der deutsche Staat gefordert ist, hier diese Schifffahrtsrinnen zu korrigieren, dass sie im Sinne der Schifffahrt auch in Zukunft ihre Funktion wahrnehmen können. Es gibt aber auch auf der Schiffsseite beim Antrieb Massnahmen, die ergriffen werden müssen. Da sind dann die Schiffsbetriebe gefordert, hier solche Schiffe einzusetzen, die auch bei tiefem Wasserstand mehr laden können und entsprechend möglichst viel auch bei Niedrigwasserzeiten transportieren können.

Eine weitere Herausforderung ist die Dekarbonisierung. Einerseits bei den Gütern, die Rheinhäfen, sie sind ein wichtiger Logistikort für die fossilen Brennstoffe. Wir alle wissen und wir wollen, dass diese Brennstoffe zurückgehen in Basel bis 2037 auf 0 und entsprechend muss sich auch der Rheinhafen neu positionieren, weil diese Mengen zurückgehen werden und entsprechend muss sich die Schifffahrt bereit machen auch für neue Transportgüter, insbesondere auch für Moleküle im Brennstoffbereich, die erneuerbar hergestellt werden. Da sind die Rheinhäfen auch sehr intensiv daran, beim Thema Wasserstoff mit der IWB hier sich aufzustellen, dass sie gewappnet sind für die Zukunft und die zukünftige Entwicklung. Der andere Bereich der Dekarbonisierung betrifft die Antriebe der Schiffe selbst. Da ist es notwendig, dass diese Schiffe in Zukunft erneuerbar betrieben werden können. Die Technologie ist noch nicht so weit, dass das heute schon bei allen Schiffen machbar ist, aber sie entwickelt sich in diese Richtung und wir werden bis 2037 ganz andere Schiffe auch schon auf dem Rhein haben, die erneuerbar unterwegs sein werden.

Auf der gesetzgeberischen Seite beginnen bei uns die Vorarbeiten für die Anpassung des Rheinhafenvertrages, weil wir brauchen Anpassungen. Es gibt Anpassungen im Hafenperimeter, das sowohl in Birsfelden mit dem Masterplan Hafen Birsfelden, aber auch bei uns im Zusammenhang mit der Hafen- und der Stadtentwicklung, im Zusammenhang mit dem Hafenbecken 3. Hier braucht es die Anpassungen der beiden Kantone am Staatsvertrag und hier sind wir jetzt an den Vorbereitungsarbeiten in den beiden Kantonen gemeinsam mit den Rheinhäfen.

Der Güterumschlag in 2022 zeichnet ein Minus von 15 Prozent aus. Das war vor allem aufgrund des trockenen Sommers und den tiefen Pegelständen, zum Teil auch auf Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Transportmengen, die stattgefunden haben. Einzig stabil blieb der Containerverkehr. Mit über 125'000 Containereinheiten blieben die Umschläge knapp auf dem Vorjahresniveau.

Das führt zu dem Jahresergebnis, das wir hier sehen mit Fr. 8'000'000 und einer flexiblen Baurechtsverzinsung an die Kantone von Fr. 7'600'000. Das ist leicht höher als im Vorjahr. Der Regierungsrat beurteilt das Geschäftsjahr unter diesen Umständen als insgesamt positiv, weil das Jahresergebnis auch leicht erhöht werden konnte. Wie schon gesagt, wir müssen der nationalen Verkehrsdrehscheibe Sorge tragen.



Ich bin sehr erfreut, dass gestern die Plangenehmigung des BAV eingetroffen ist für den Containerterminal Basel Nord. Wir sind damit dem Volkswillen der Basler Bevölkerung einen Schritt weiter und ich hoffe, dass wir fähig sind, diese notwendige Infrastruktur, die wir brauchen für die Güterverkehrsverlagerung von der Strasse auf Schiff und Schiene, aber auch für unseren Logistikstandort und für unseren Hafen, dass wir dieses Projekt jetzt rasch vorantreiben können und damit auch die Voraussetzungen schaffen, dass der Hafen, und zwar der Hafen bei uns, der an die Schiene angeschlossen ist und nicht andere Häfen, die nur einen Strassenanschluss haben, dass wir diesen Hafen stärken können für die Zukunft.

Deshalb möchte ich mich Bedanken für die Arbeit der IGPK und beantrage Ihnen im Namen des Regierungsrates, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

#### **Detailberatung** des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Kenntnisnahme Jahresbericht
2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikationsklausel

#### **Abstimmung**

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001150, 13.09.23 09:58:40]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2022 der SRH werden zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

### **8. Ratschlag Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für die Jahre 2023-2026 sowie Nachtragskredit Erhöhung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für das Jahr 2023**

[13.09.23 09:59:16, 22.1133.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'160'000 zu bewilligen.

Zudem beantragt die Finanzkommission, einem Nachtragskredit zuzustimmen. Für die Kommission WAK hat das Wort deren Präsidentin Andrea Knellwolf.



*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Der Kanton Basel-Stadt nutzt die Swiss Indoors seit 2006 als Werbeplattform. Für die Platzierung des Schriftzugs Basel auf dem Center Court bezahlt der Kanton seither einen jährlichen Beitrag von Fr. 250'000. Aufgrund der Langfristigkeit dieses Marketing-Engagement hatte der Regierungsrat den Grossen Rat jeweils für mehrere Jahre um die entsprechende Ausgabenbewilligung ersucht. Letztmals bewilligte der Grosse Rat für die Jahre 2017 bis 2022 diese Beträge. Damals im Jahr 2006 kostete die Platzierung des Schriftzugs auf dem Center Court Fr. 500'000. Der Kanton Basel-Landschaft hatte sich bis 2016 ebenfalls mit Fr. 250'000 an den Kosten für dieses Marketing-Engagement beteiligt. Dann hat sich der Kanton Basel-Landschaft aus dieser Vereinbarung zurückgezogen. Seither hat die Swiss Indoors AG einzig noch den Beitrag aus dem Kanton Basel-Stadt von Fr. 250'000 empfangen.

Im Rahmen der Gespräche betreffend die Vertragsverlängerung forderte die Turnierleitung nun wieder eine marktgerechtere Abgeltung für den Schriftzug Basel auf dem Center Court. Da der Verbleib dieses hochkarätigen Turniers in der St. Jakobshalle für den Stellenwert des Veranstaltungsortes Basel und dessen überregionale Ausstrahlung von grosser Bedeutung ist, hat sich der Regierungsrat für die geforderte Erhöhung bzw. die ursprüngliche Höhe des Marketingbeitrags auf Fr. 500'000 pro Jahr ausgesprochen. Die Beitragserhöhung wurde an die vom Regierungsrat formulierten Bedingungen geknüpft, welche den Verbleib und die Verankerung des Turniers in Basel bis 2026 absichern. Da im Budget 2023 lediglich ein Betrag von Fr. 250'000 vorgesehen worden war, wird dem Grossen Rat mit dem Ratschlag auch ein Nachtragskredit über Fr. 269'250, das ist dann mit Mehrwertsteuer, vorgelegt. Die Finanzkommission berichtet dann mündlich zu diesem Nachtragskredit.

Die WAK hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt und sich von Regierungspräsident Beat Jans, Regierungsrat Conradin Cramer und Sabine Horvath, Leiterin Aussenbeziehungen und Standortmarketing, ausführlich über das Geschäft informieren lassen. Die Kommission hat mit 11 zu einer Stimme Eintreten beschlossen. Die Kommission hat das Geschäft kontrovers diskutiert. Die Verdoppelung des Beitrags des Kantons Basel-Stadt von jährlich Fr. 250'000 auf Fr. 500'000 war umstritten. Die Kommission dankt den involvierten Departementen für die zusätzlichen Auskünfte und Unterlagen. Vielen Dank.

Die Erwägungen der WAK. Zunächst mal zur Frage, wie wichtig ist dieses Tennisturnier denn überhaupt für den Kanton. In der Kommissionsberatung wurde deutlich, dass die Swiss Indoors Basel in vielerlei Hinsicht für den Standort von grosser Bedeutung sind. Aus sportlicher Sicht handelt es sich um einen einzigartigen und hochkarätigen Anlass, der in Basel tief verankert und eng mit der Entwicklung der St. Jakobshalle verbunden ist. Seit 2009 gehören die Swiss Indoors Basel zu einem der 13 Turniere aus der ATP 500 Series. Damit ist der Anlass punkto Dimension und Ausstrahlung mit einem Lauberhornrennen oder mit dem Leichtathletik-Anlass Weltklasse Zürich zu vergleichen. Das Turnier ist die Leuchtturmveranstaltung im Sportbereich für den Standort Basel. Für Basel handelt es sich um den grössten und bedeutendsten wiederkehrenden Sportanlass, welcher jedes Jahr ausgetragen wird. Und wiederkehrend ist natürlich besonders interessant, weil sich dann nämlich der Kanton aufwendige Akquisitionsanstrengungen sparen kann.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist das Turnier aufgrund der Wertschöpfung, die durch die rund 70'000 Gäste entsteht, von erheblicher Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass die Swiss Indoors Basel zu rund 2'000 Übernachtungen allein im Kanton Basel-Stadt führen. Grossanlässe sind für die Lebendigkeit einer Stadt, für die Tourismusbranche und für die nationale und internationale Ausstrahlung und Bekanntheit von grosser Relevanz.

Zum Wert der Werbefläche. Im Unterschied zu vielen anderen Sportveranstaltungen, die substanzielle Beiträge aus dem Swisslos Sportfonds erhalten, wird mit der Swiss Indoors AG eine Marketing-Vereinbarung abgeschlossen. In der Kommission wurde diskutiert, ob es sich bei diesem Marketing-Engagement nicht bloss um eine andere Art der Subventionierung handle. Der Kommission wurde erläutert, dass die Werbefläche auf dem Center Court aufgrund der ATP-Regelungen einzig der Host City verkauft werden könne. Mit dem jährlichen Beitrag von bisher Fr. 250'000 und neu Fr. 500'000 kauft der Kanton Basel-Stadt die Platzierung des Schriftzugs Basel auf dem Center Court ein. Bei allen anderen Veranstaltungen, die aus dem Swisslos Sportfonds unterstützt werden, erfolgt dagegen jeweils keine entsprechende Gegenleistung durch die Veranstalter. Aufgrund der grossen TV-Präsenz des Turniers in über 150 Ländern können mit dieser Werbefläche 20 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer erreicht werden. Aus den Erläuterungen ging auch hervor, dass die Kosten für kommerzielle Werbung in diesem Umfang und bei dieser Reichweite rund Fr. 30'000'000 betragen würden.

Aufgrund der ATP-Regelung besteht allerdings um diese Werbefläche kein Wettbewerb mit privaten Sponsoren. Der Wettbewerb besteht einzig unter den Standortkonkurrenten. Da es sich bei einem Tennisturnier um einen relativ mobilen Sportanlass handelt, besteht somit eine Wettbewerbssituation zu anderen potenziellen Host Citys auf der ganzen Welt. In Anbetracht dieser Sonderkonstellation ist es sehr schwierig zu beurteilen, welcher Betrag für die Platzierung des Schriftzugs auf dem Center Court marktgerecht sein könnte. Deshalb wurde auf Anfrage für die Kommission eine Zusammenstellung der Beiträge an andere internationale Sportanlässe erstellt. Die ebenfalls wiederkehrenden Veranstaltungen wie das Badminton Yonex Swiss Open oder das Longines CHI Classics Basel erhalten aus dem Swisslos Sportfonds Fr. 150'000 respektive Fr. 200'000. Einmalige Veranstaltungen wie die Badminton-Weltmeisterschaft, die Fecht-Europameisterschaft und die Kunstturner-Europameisterschaft werden oder wurden mit Beiträgen zwischen Fr. 750'000 und Fr. 900'000 unterstützt.



Darüber hinaus profitieren Sportanlässe generell von speziellen Konditionen für die Nutzung der St. Jakobshalle. Einmalige wie auch wiederkehrende Sportveranstaltungen erhalten Mietreduktionen von bis zu 50 Prozent. Bei der Festlegung der Mietreduktion werden von der Hallenleitung die Einschätzungen von Standortmarketing und Sportamt über die Bedeutung der Veranstaltung für den Kanton Basel-Stadt berücksichtigt. All diese Beiträge erfolgen, ohne dass die Veranstalter eine vergleichbare Marketing-Gegenleistung für den Kanton Baselstadt erbringen.

Wie schon kurz erwähnt, von grossem Vorteil für einen Veranstaltungsort sind wiederkehrende Anlässe, da für diese keine Akquisitionsanstrengungen unternommen werden müssen. Die Veranstaltungsorte stehen zudem in einem harten weltweiten Wettbewerb untereinander. Um den Zuschlag für das Hosten einer einmaligen Veranstaltung zu erhalten, müssen oftmals aufwändige Bewerbungsverfahren durchlaufen werden. Auch deshalb sind wiederkehrende Grossanlässe für einen Standort besonders wertvoll und sollten entsprechend gepflegt werden. Die Kommission hat ausführlich über den Wert der Werbefläche auf dem Center Court diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass der Wert von Fr. 500'000, wie er 2006 festgelegt wurde, angemessen ist und hat damit die damalige Wertschätzung der beiden Kantonsregierungen nachvollziehen können.

Mit dem Schriftzug Basel auf dem Center Court wird während vielen TV-Stunden ein internationales Millionenpublikum erreicht. Da nur die Host City als Schriftzug genannt werden darf, kommt als Sponsor nur die öffentliche Hand in Frage. Deshalb muss die Höhe des Beitrags politisch vertretbar sein. Dies scheint der Kommission grundsätzlich erfüllt.

Als unverständlich sieht es die Kommission aber an, dass sich der Kanton Basel-Landschaft aus der gemeinsamen Vereinbarung mit der Swiss Indoors AG zurückgezogen hat. Das Turnier bringt Wertschöpfung in die ganze Region. Zudem liegt der Firmensitz der Swiss-Indoors AG im Kanton Basel-Landschaft. Der Anlass wäre somit nach wie vor in beiden Kantonen gut verankert.

In Anbetracht der grossen und mehrdimensionalen Bedeutung des Turniers für Basel ist die Kommission mehrheitlich zur Überzeugung gelangt, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und die Verdoppelung der Kosten für das baselstädtische Marketing-Engagement in Kauf zu nehmen. Der Wert des Turniers besteht für den Kanton Basel-Stadt sowohl in der Wertschöpfung als auch in dessen Funktion als Imageträger für den Sport, für die St. Jakobshalle als Veranstaltungsort und für Basel als attraktiver und lebendiger Wohn- und Arbeitsort. Wesentlich zur Zustimmung der Kommission hat das vertraglich vereinbarte Commitment der Swiss Indoors AG zum Standort Basel während der Laufzeit der Marketing-Vereinbarung beigetragen. Sollte das Turnier vor 2026 aus Basel wegziehen, so wären seitens Swiss Indoors AG entsprechende Rückzahlungen an den Kanton zu leisten.

Da die substanzielle Erhöhung des Beitrags in der Kommission kontrovers diskutiert wurde, hat sie verschiedene Möglichkeiten in Erwägung gezogen, wie ein grösserer Mehrwert für den Kanton geschaffen werden könnte. Diskutiert wurde die Möglichkeit, die Vereinbarung zwischen dem Kanton und der Swiss Indoors AG um zwei Jahre auf insgesamt 6 Jahre zu verlängern. Weiter wurde überlegt, ob die Vereinbarung um Nachhaltigkeits Elemente ergänzt werden könnte. Ein weiteres Thema war die Verlegung des Firmensitzes der Swiss Indoors AG nach Basel. Die Kommission hat schliesslich auf Anträge verzichtet, erwartet aber, dass die Verlegung des Firmensitzes und damit des Steuersitzes nach Basel sorgfältig geprüft wird und dass zudem Massnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit des Anlasses ergriffen werden.

Darüber hinaus sollen der Kanton und die Swiss Indoors AG die Verlängerung der Vereinbarung um weitere zwei Jahre, also bis 2028 in Betracht ziehen. Die Kommission würde es begrüssen, wenn dem Grossen Rat innert nützlicher Frist ein entsprechender Ratschlag vorgelegt würde.

Ganz grundsätzlich wurde in der Kommission kontrovers diskutiert, ob eine globale Standortpromotion mit den Nachhaltigkeitszielen des Kantons Basel-Stadt überhaupt zu vereinbaren sei oder ob diese internationale Strahlkraft von Basel für den Wirtschaftsstandort sogar besonders relevant sei. Eine Minderheit der Kommission lehnt es eigentlich ab, den Beitrag des Kantons zu verdoppeln, ohne dass damit ein zusätzlicher Mehrwert für Basel entstehen würde. Auch wenn die Swiss-Indoors AG den Preis für die Werbefläche nicht erhöht hat, so kann wir es nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden, dass der Kanton nun allein für die Kosten aufkommt. Eine Verdoppelung des Kantonsbeitrags ohne zusätzliche Gegenleistung führe dazu, dass die Marketing-Vereinbarung den Charakter einer Subvention erhalte.

Ich komme zum Fazit der Kommission: trotz des Missmuts über die Verdoppelung des Beitrags aufgrund des Rückzugs des Kantons Basel-Landschaft beantragt die Kommission dem Grossen Rat mit 8 zu einer Stimme und 4 Enthaltungen, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Eine Kommissionsmehrheit ist zur Überzeugung gelangt, dass das Marketing-Engagement bei den Swiss Indoors immer noch ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist für den Kanton Basel-Stadt. Neben der konkreten Wertschöpfung, die durch das Turnier generiert wird, trägt das Turnier im Allgemeinen und die Werbefläche auf dem Center Court im Speziellen zur weltweiten Bekanntheit von Basel bei. Die Kommission ist überzeugt, dass der Kanton mit der Übernahme der vollen Kosten für das Marketing-Engagement sowie mit den speziellen Mietkonditionen sehr gute Bedingungen für die Durchführung der Swiss Indoors in der modernisierten St. Jakobshalle schafft. Auch wenn die Kommission von Änderungsanträgen abgesehen hat, würde sie es begrüssen, wenn dennoch durch eine Verlegung des Firmensitzes in den Kanton Basel-Stadt eine Verlängerung der Marketing-Vereinbarung oder durch das



Ergreifen von Nachhaltigkeitsmassnahmen veranstalterseitig ein gewisser Gegenwert für die erhebliche Beitragserhöhung durch den Kanton geschaffen würde.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission empfiehlt also dem Grossen Rat mit 8 zu einer Stimme bei 4 Enthaltungen, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen und Ausgaben von Fr. 2'160'000 inklusive Mehrwertsteuer für die Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Baselstadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für den Zeitraum 2023 bis 2026 zu bewilligen. Ich bedanke mich.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für die Finanzkommission das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die Kommissionssprecherin der WAK hat es bereits angekündigt. Die Finanzkommission berichtet mündlich zu diesem Nachtragkredit, so wie sie das eigentlich auch immer tut.

Wir haben uns natürlich inhaltlich und materiell mit diesem Geschäft nicht befasst. Das ist die Aufgabe der WAK gewesen, sondern wir haben uns tatsächlich «nur» um diesen Nachtragskredit gekümmert für das Jahr 2023 und die Finanzkommission hat diesen Kredit auch entsprechend beschlossen und empfiehlt Ihnen, diesen Nachtragskredit in Höhe von Fr. 269'250 heute zu bewilligen. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Beat Jans.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Der Regierungsrat beantragt hier eine Erhöhung der Marketing-Beiträge an Swiss Indoors im Wesentlichen aus zwei Gründen. Wir haben als Stadt, als Kanton ein grosses Interesse, dass Swiss Indoors weiterhin bei uns bleibt. Erstens und zweitens, wir erhalten für diese Marketing-Gelder eine Gegenleistung, die marktgerecht ist mit einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Swiss Indoors ist tatsächlich ein ausgesprochen bedeutender Anlass. Es gibt ein Ranking der Sportevents der Schweiz, dort figuriert Swiss Indoors Basel auf dem ersten Platz weit vor der Tour de Suisse, dem Spengler Cup, dem Lauberhornrennen oder dem Leichtathletik-Meeting Weltklasse Zürich. Es ist ein ATP 500 Turnier seit 2009, davon gibt es 13 weltweit. Die meisten oder einige finden allerdings draussen statt, so dass die Swiss Indoors zu den drei grössten Hallenturnieren der Welt gehört und somit auch eine grosse internationale Aufmerksamkeit erhält. Dieses Turnier wird jeweils in über 150 Ländern für über 3'500 Stunden im Fernsehen übertragen und erreicht rund 20 Millionen TV-Zuschauerinnen und TV-Zuschauer. Mit dieser Ausstrahlung ist die Swiss Indoors wirklich Spitzenreiterin, auch innerhalb der ATP 500 Turniere und bringt so Basel eine ausserordentlich grosse Sichtbarkeit. Es gibt etwa 70'000 Gäste jedes Jahr, die auch nach Basel kommen und auch dazu beitragen, dass das Turnier Wertschöpfung für Tourismus, für Gastrobetriebe und vieles mehr generiert. Ich glaube, es ist wichtig zu sehen, dass Basel damit eine Plattform erhält, um sich als leistungsfähiger Wirtschaftsstandort, aber auch als attraktiver Wohnort, als renommierte Kulturmetropole und auch als moderner Veranstaltungsort so weltweit zu präsentieren. Es ist spannend, nach Basel zu kommen, zu wohnen, zu arbeiten, da läuft etwas.

Der Regierungsrat hat bereits 2006 erstmals entschieden, das internationale Tennisturnier als Werbepattform zu nutzen und mit diesem Entscheid wurde ermöglicht, dass der Schriftzug Basel an diesem hochkarätigen Turnier auf dem Center Court zu sehen ist. Das bisherige Engagement ist 2022 ausgelaufen, aber bereits 2006 wurde der Wert dieses Schriftzugs Basel auf dem Center Court mit rund Fr. 500'000 beziffert. Der Kanton Basel-Landschaft hatte sich zeitweilig bis 2016 ebenfalls mit Fr. 250'000 beteiligt, also die Hälfte des Beitrages übernommen. Danach hat sich der Kanton Basel-Landschaft aus dieser Vereinbarung zurückgezogen und seither hat die Turnierleitung Basel-Stadt quasi den Beitrag bei Fr. 250'000 belassen. Sie stellte sich im Rahmen der Verhandlungen auf den Standpunkt, dass hier eine Leistung erbracht wird, die nicht marktgerecht entschädigt wird und Swiss Indoors ersuchte uns deshalb um eine Erhöhung auf Fr. 500'000, weil nur das tatsächlich eine marktgerechte Entschädigung sei und Sie wissen es, Swiss Indoors hat gleichzeitig auch Ausschau gehalten, weitere Standorte für die zukünftige Turnieraustragung geprüft, evaluiert.

Der mediale Gegenwert für die Sichtbarkeit des Schriftzuges Basel dürfte laut Swiss Indoors sogar weit höher sein als Fr. 500'000, weil eben 745 Stunden im Fernsehen weltweit Basel sichtbar ist. Der Verbleib und die längerfristige Durchführung des internationalen Turniers in der St. Jakobhalle ist für den Stellenwert des Veranstaltungsortes, ich habe es gesagt, und dessen internationale Ausstrahlung bedeutend. Deshalb hat der Regierungsrat gesagt, diese geforderte Erhöhung ist richtig.

Wie gesagt, die Kommissionspräsidentin hat das sehr gut gesagt, was für uns auch ausgesprochen wertvoll ist, es ist ein Sportanlass, der regelmässig wiederkehrt. Es ist nicht eine Europameisterschaft, die dann nie mehr zurückkommt oder lange nicht mehr zurückkommt oder eine Weltmeisterschaft, sondern wir haben das Turnier über viele Tage dann jedes Jahr und müssen so keine Akquisitionsanstrengungen unternehmen. Für Europa oder Weltmeisterschaften sind das häufig Beiträge, die höher sind als Fr. 500'000, damit wir sie nach Basel bringen können. Auch aus diesem Grund ist es wertvoll, hier dieses Engagement gegenüber Swiss Indoors auch zu erhöhen.





Die Wirtschafts- und Abgabekommission würde es begrüßen, wenn durch eine Verlegung des Firmensitzes in den Kanton Basel-Stadt oder eine Verlängerung des Marketing-Engagements oder auch Nachhaltigkeitsmassnahmen, das Commitment von Swiss Indoors gegenüber Basel und seinen Zielen auch verstärkt würde. Ich habe tatsächlich mit den Herren Böni und Brennwald persönlich gesprochen und ihnen diese Anliegen auch unterbreitet. Swiss Indoors ist offen gegenüber allen drei Anliegen und möchte diese auch entsprechend ernsthaft prüfen.

Wichtig scheint uns auch noch, wir haben diese Erhöhung nicht ohne Bedingungen ausgehandelt. Sollte Swiss Indoors vor Ablauf dieser Vierjahresfrist Basel verlassen, müssen sie uns anteilmässig diese Marketing-Gelder zurückbezahlen. Wir haben sie also so auch ein bisschen verpflichtet, diese vier Jahre hier in Basel zu bleiben. Und das machen sie gerne, sie stehen zu diesem Standort. Für sie ist dieser Standort wichtig, das ist der Ort, wo sie sein wollen. So wurde uns das auch immer wieder bestätigt.

Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch noch zu erwähnen, dass der Kanton natürlich auch in anderer Weise Swiss Indoors entgegenkommt. Bei der Hallenmiete und den Konditionen sind wir seit jeher in grossem Masse Swiss Indoors entgegengekommen und mit der Unterstützung im Rahmen des Mietverhältnisses sowie dem Marketing-Engagement liegen die kantonalen Leistungen für Swiss Indoors gesamthaft bei über Fr. 1'000'000 pro Jahr, auch wenn die Hallenmiet-Verhandlungen im Moment noch laufen.

Soweit unsere Ausführungen. Wir beantragen Ihnen deshalb Ausgaben in der Höhe von Fr. 2'160'000 für die Dauer 2023 bis 2026 und ich bitte Sie, dem vorliegenden Ratschlag und dem Nachtragskredit zuzustimmen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Wirtschafts- und Abgabekommission und bei der Finanzkommission für die wohlwollende und gute Prüfung der Vorlage. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Die Liberaldemokratische Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die erhöhten Kosten für das Marketing-Engagement des Center Court-Schriftzugs Basel zu sprechen und die Mehrausgaben entsprechend in Kauf zu nehmen. Ja, auch Vertreterinnen und Vertreter unserer Fraktion mussten zweimal hinsehen, da direkt ins Auge sticht, dass der Betrag verdoppelt wird. Dass der Wert des Schriftzugs Basel auf dem Center Court Fr. 500'000, also eine halbe Million Wert ist, war aber schon seit 2006 bekannt. Dass seit dem Ausstieg von Basel-Landschaft im Jahr 2016 nicht direkt die ungedeckten Kosten auf Basel-Stadt übertragen wurden, darf jedoch dankend verzeichnet werden. Basel-Landschaft weiss zwar sehr gerne die Steuereinnahmen des Turniers in der eigenen Kasse verbucht, will aber nicht in die regionale Wertschöpfung, die der Schriftzug auch mit sich bringt, und in die Attraktivitätssteigerung investieren. Das ist sehr bedauerlich, wenn auch nicht überraschend. Darauf soll aber an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

Durch die vom Regierungsrat verhandelte Rückzahlungsklausel besteht eine finanzielle Absicherung, sofern das Turnier die St. Jakobshalle und Basel vor Ende der verhandelten Periode, also vor 2026 verlassen sollte. Das ist gut. Besser wäre eine noch längerfristige Zusage und Bekenntnis an Basel als Greatest Standort of all Times. Daran ist unserer Regierung und dem Standortmarketing den Kommissionsdiskussionen nach auch sehr viel gelegen. Wenn weiterhin gut genetzt und umsichtig verhandelt wird, besteht Hoffnung, dass die Standortfrage nicht erst im Tiebreak oder gar durch Beizug des Hawk-Eyes entschieden wird, sondern sich als langfristige Partnerschaft mit Vorteilen für beide Parteien etabliert. Also sehr viel Deuce und ausgeglichene Games, idealerweise ist man sogar bald bereit, gemeinsam eine Doppelmansschaft zu gründen.

Dass vorerst bis 2026 verhandelt wurde, ist sinnvoll. Die nächsten Jahre werden zeigen, wie hoch die Attraktivität eines Turnierbesuchs für verschiedene Ziel- und Fangruppen noch ist, wenn die Schweizer Tennis-Koryphäen nicht mehr dabei sind und Nachwuchskräfte sich etablieren, während weitere am Horizont erscheinen. Sollte dies nicht mehr die gewohnten Besucherströme generieren, kann die nächste Runde der Verhandlungen mit anderer Ausgangslage angegangen werden. Aktuell zählt aber immer noch, für unseren Kanton sind wiederkehrende Sportgrossanlässe sehr attraktiv und die daraus resultierende Wertschöpfung ist besonders im Falle der Swiss Indoors sehr weitreichend.

Klärend empfindet meine Fraktion auch, dass die Rahmenausgaben klar als Marketing-Engagement deklariert sind. Den Schriftzug Basel platziert zu haben, strahlt in die Welt aus und löst ein Echo hoffentlich in Punkto Neugier, Basel zu besuchen, aus. Es ist neben der Wertschöpfung, die kurz vor, während und nach dem Turnier in Basel und der Region zu verzeichnen ist, also auch mit Wertschöpfung als Folgeerscheinung zu rechnen. Entsprechend ist der Schriftzug klar als Marketingmassnahme zu verstehen und im Bericht auch richtig deklariert.

Wir wünschen uns, dass unser Entscheid von hier und heute einem guten Aufschlag gleicht, denn dort ist es der Wurf vor dem Schlag, der entscheidet, wie gut ein Aufschlag schlussendlich auf der gegnerischen Spielfeldhälfte auftrifft. In diesem Sinne bitten wir Sie, dieses Geschäft, metaphorisch gesprochen: den Ball hier und heute möglichst gezielt aufzuwerfen, damit die weiteren Handlungsschritte dann wirklich Potenzial für ein Ass haben.



Im Sinne von Game, Satz, Match bittet die LDP-Fraktion Sie, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen, um die Weiche für viele weitere Jahre guter Zusammenarbeit rund um diesen wichtigen Sportgrosanlass und für viele weitere Jahre Weltklasse-Tennis in Basel zu stellen. Vielen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Fina Girard.

*Fina Girard (GAB):* Fr. 500'000, diese Summe soll der Kanton Basel-Stadt in den kommenden Jahren jährlich dafür zahlen, damit während der Swiss Indoors in der Joggelihalle auf dem Center Court der Name, der Brand Basel prangt. So soll der Ruf unserer Stadt den Weg in Millionen Haushalte weltweit finden, wenn Tennis-Stars in den Fusstapfen von Roger Federer über den heimischen Fernseher flimmern.

In den Wochen um die Swiss Indoors wird Basel für einen Augenblick zur Weltstadt erhoben und damit mehr Wertschöpfung für unsere hiesige Wirtschaft generiert oder so lautet zumindest der Plan. Fr. 500'000, warum plötzlich so viel? Diesen Schriftzug auf dem Center Court berappen, das kann nämlich einzig der Veranstaltungsort, so will es die ATP-Regelung. Und während wir diese Ausgabe in der Vergangenheit mit dem Kanton Baselland teilen konnten, ist damit nun Schluss, der Landrat hat 2016 den Geldhahn zugezogen und das, obwohl die Swiss Indoors ihren Steuersitz im Kanton Baselland haben. Von Steuereinnahmen durch den Grosanlass profitiert der Kanton Basel-Stadt also nicht. Deshalb hat die Wirtschaft- und Abgabekommission auch in ihrem Bericht klar die Erwartung geäussert, dass der Steuersitz in den Stadtkanton verlegt werden sollte. Darauf zählen können wir bei dieser Geldsprechung, aber nicht.

Fr. 500'000, also eine halbe Million jährlich, das ist viel Geld. Fr. 500'000 aus öffentlicher Hand für eine Marketing-Investition an ein profitorientiertes Unternehmen. Gleichviel Geld haben wir beispielsweise gerade eben an unserer letzten Sitzung im Juli dem Männerbüro Basel für seine Beratungsangebote gesprochen, wohl merklich zusammengenommen für die kommenden drei Jahre. Ein hinkender Vergleich, klar, aber trotzdem lohnt es sich manchmal bei den riesigen Zahlen, mit denen wir in diesem Rat regelmässig operieren, sich die Verhältnismässigkeit vor Augen zu führen.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis erkennt und schätzt den Wert der Swiss Indoors, das ist keine Frage. Es ist ein Sportanlass mit grossartigem Tennis, ein Anlass mit grosser Wertschöpfung, besonders für die Hotellerie und Gastronomie der Region und ein Anlass, der die Stadt Basel international bekannt macht. Und wir sind auch bereit, diese nun besprochenen Fr. 500'000 zu sprechen. Nur, dafür möchten wir eine klare Zusicherung von Seiten der Swiss Indoors, dass der Steuersitz in den Kanton Basel-Stadt verlegt wird und dass wir weiter darauf zählen können, dass die Swiss Indoors auch in ferner Zukunft den Tennis weiterhin nach Basel bringt, damit sich diese Marketing-Investition auch wirklich lohnt, nicht nur für die Swiss Indoors, sondern auch für die Basler Wirtschaft.

Deshalb beantragen wir als Grün-Alternatives Bündnis Rückweisung an den Regierungsrat. Wir fordern die Regierung damit auf, nochmal zu prüfen und zu verhandeln, inwiefern sichergestellt werden kann, dass der Steuersitz nach Basel-Stadt verlegt und die Swiss Indoors weiter dem Standort Basel treu bleiben.

In diesem Sinne bitten wir Sie, dem Rückweisungsantrag der Fraktion GAB zu folgen und die Regierung noch einmal hinter die Bücher und an den Verhandlungstisch zu schicken. Herzlichen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Als wir dieses Geschäft in der Kommission beraten haben, hatte ich ein bisschen ein Déjà-vu. Ich war früher Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und da war und ist es wahrscheinlich immer noch so, dass man regelmässig darüber diskutiert, ja, sollte sich der Kanton Baselland hier und dort nicht mehr beteiligen. Ich erinnere mich an mehrere Kommissionsberatungen, wo wir uns darüber geärgert haben, dass das Baselbiet das Portemonnaie geschlossen gehalten hat und hier ist es ein bisschen eine ähnliche Konstellation.

Ich glaube, wir können sagen, ich habe zumindest bisher noch nichts anderes gehört, die Bedeutung dieses Turniers für Basel, für die ganze Region, sicher auch für den Tennissport als Ganzes ist unbestritten. Das heisst, nicht nur der Blick auf die Geschichte dieses Turniers, der Blick auch auf das Teilnehmerfeld des aktuellen Jahrganges, sondern wir haben hier seit über 50 Jahren hochkarätigen Sport, der hier in der Region geboten wird und das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit.

Regierungspräsident Beat Jans hat sehr ausführlich dargelegt, was die Wertigkeit nicht nur des Anlasses selber ist, sondern auch die Wertigkeit des Schriftzuges, den wir hier platzieren dürfen gegen entsprechende Kostenbeteiligung. Und selbstverständlich wäre es nichts als angemessen, wenn sich der Kanton Basel-Landschaft an diesen Kosten auch weiterhin beteiligen würde, so wie er das früher getan hat. Es ist schwer nachvollziehbar, dass der Nachbarkanton hier aussteigt, nicht zuletzt deswegen, weil die Halle sich auf Baselbieter Boden bewegt, weil viele Gäste dieses Turniers aus dem Baselbiet kommen und auch weil sicher kein kleiner Teil der Wertschöpfung letztendlich auch im Baselbiet dann in den Kassen landet.



Aber am Schluss müssen wir bei all diesem Unverständnis beurteilen, ob der Beitrag für unseren Kanton sinnvoll ist. Das ist am Schluss die entscheidende Frage, bringt der Beitrag uns etwas, bringt auch der höhere Beitrag uns als Kanton etwas und mit Blick auf die Bedeutung und mit Blick auch auf die Wertschöpfung, denke ich, kann man diese Frage bejahen.

Und dann die Frage der Wertschätzung oder das Thema der Wertschätzung, das ist ja sehr häufig jetzt auch immer wieder ins Spiel gebracht worden. Wertschätzung ist aus meiner Sicht immer ein bisschen eine Zweibahnstrasse, das ist keine Einbahnstrasse. Da können wir festhalten, wir haben über Fr. 100'000'000 in den letzten Jahren in die Erweiterung, den Umbau der Joggelihalle investiert. Wir engagieren uns jetzt seit vielen Jahren mit diesem Schriftzug, wollen das sogar jetzt noch mehr machen. Wir geben eine günstigere Hallenmiete ab, wir bieten auch weitere Unterstützung, Beflagung der ganzen Stadt, usw. Also da gibt es sehr viel, was wir als Standortkanton für diese Veranstaltung machen und jetzt springen wir voraussichtlich auch in diese Lücke hinein und damit denke ich, darf man dann diese Debatte über die angeblich fehlende Wertschätzung, die man den Medien teilweise entnehmen konnte, die darf man dann hoffentlich auch mal als abgeschlossen betrachten.

Im Gegenzug, das hat die Kommissionsberatung deutlich gezeigt, wäre es nichts als richtig, den Sitz des Unternehmens in den Kanton Basel-Stadt zu verlegen, in den Kanton, der dieser Veranstaltung all diese Unterstützungsleistungen, die ich soeben aufgezählt habe, zukommen lässt. Und wir können festhalten, es ist überaus positiv, sehr zu begrüssen, dass diese Bereitschaft besteht, das anzusehen, ob das gemacht werden kann. Das zeichnet ein partnerschaftliches Verhältnis aus, dass man Anliegen aufnimmt, entsprechend wohlwollend prüft. Natürlich kommt es letztendlich darauf an, was das Ergebnis dieser Prüfung ist, das ist klar, das wissen wir heute noch nicht, aber zumindest schon mal die positive Einstellung, das prüfen zu wollen, können wir hier begrüssen. Wir können und wollen letztendlich diese Sitzverlegung nicht erzwingen, davon hängt der Wert unseres Beitrags letztendlich nicht ab, auch wenn er nichts als richtig wäre.

Jetzt noch zur Rückweisung. Dieser Rückweisungsantrag kam etwas überraschend, denn in der WAK wurde das entsprechend nicht beantragt. Wir müssen uns einfach vor Augen führen, was das heissen würde. De facto heisst das einfach, bei diesem Turnier in einem Monat fehlt eine Viertelmillion in der Kasse. Wir können uns auch beim besten Willen nicht innerhalb dieses Monats das Geschäft zurückweisen, nochmals beraten und dann in den Grossen Rat verabschieden, das ist beim besten Willen nicht möglich. Also das ist letztendlich die Konsequenz dieses Antrages, wenn er denn angenommen würde, was wir als FDP aber nicht unterstützen können.

Wir sind überzeugt, dass das unter dem Strich für unseren Kanton ein gutes Geschäft ist, einen klaren Mehrwert bietet, ein klarer Mehrwert resultiert für den Kanton, für die ganze Region und deshalb unterstützt meine Fraktion den Ratschlag und den Nachtragskredit. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Lassen Sie mich vorweg sagen, dass es in Bezug auf diesen Ratschlag ja auch gewisse Begleitgeräusche gibt und Begleiterscheinungen, die uns in diesem Thema immer wieder begegnet sind. Wir haben von Seiten des Turniers eine Kommunikation auch über die Medien gehabt, die zu einem Teil vielleicht Verhandlungsstrategie sein kann, die sinnvoll sein kann, um sich zu positionieren, aber zum anderen vielleicht auch zu den Irritationen teilweise geführt hat, die wir auch in der Kommissionsberatung hatten. Und ich finde darum, vorweg ist einfach wichtig zu sagen, dieses Bekenntnis der WAK zu diesem Ratschlag ist auch ein Bekenntnis, aber auch ein Wunsch dazu, dass man sich in Bezug auf den Standort und auf den Bezug auf das Hiersein und das Hiersein in der St. Jakobshalle als Swiss Indoors, dass man sich wünscht, dass da auch ein bisschen Ruhe einkehren würde.

Ich möchte zu einigen Punkten, die vorher gesagt wurden, kurz Stellung nehmen. Bezüglich der Verlegung des Firmensitzes. Ja, auch die Sozialdemokratische Fraktion würde sich sehr wünschen, dass das passieren würde, dass diese Verlegung des Firmensitzes stattfinden würde. Es ist vor allem, glaube ich, aus einer emotionalen Komponente richtig, wenn wir diesen Betrag auch vollumfänglich übernehmen. Ich glaube, es ist aber auch wichtig zu sehen, es wird bei allen steuerrechtlichen Überlegungen nicht die Verlegung des Firmensitzes sein, die uns massive Steuereinnahmen bringen wird. Ich glaube, darum ist im Kontext dieser Rückweisung, die jetzt beantragt wurde, auch wichtig festzuhalten, dass nur mit der Verlegung des Firmensitzes die Steuereinnahmen in Basel-Stadt jetzt nicht massiv gestärkt würden aus unserer Sicht.

Es ist auch wichtig zu sagen, es ist ein sehr grosser Anlass, das haben jetzt Regierungspräsident Beat Jans, aber auch diverse Vorredner\*innen schon festgehalten, es ist ein wichtiger Anlass und wir haben auch die entsprechende Infrastruktur gebaut für so einen Anlass und ich glaube, es ist wäre jetzt auch sehr schwierig, diese Infrastrukturdebatte im Rahmen dieses Ratschlages zu führen. Ich weiss, dass es hier sehr unterschiedliche Meinungen gibt zu dieser vorhandenen Infrastruktur, sie hat aber eigentlich jetzt direkt nichts mit dem zu tun, sondern hat damit zu tun, ob wir die Infrastruktur nutzen und sie so nutzen, wie Sie bereitsteht.

Was ich auch noch wichtig finde, in diesem Kontext immer wieder festzuhalten, für diesen Schriftzug bezahlen wir eine Summe und das wird als Marketing-Summe festgehalten. Aber es ist auch so, dass wir ja da keinen Markt haben, also es



kann nichts anderes dastehen als Basel. Das ist, glaube ich, auch im Kontext von, wenn wir diese Summe sprechen, wichtig, uns zu vergewissern, es ist eine Sponsoring-Summe, aber die wird insofern eingeschränkt in Bezug auf Marktverhandlungen, als das ja gar nichts anderes stehen kann aufgrund der ATP-Regel als Basel.

In einer Gesamtabwägung kommt die SP-Fraktion trotzdem klar zum Schluss, dass wir diesem Ratschlag zustimmen wollen. Wir würden uns auch wünschen, dass es ein längerfristiges Commitment der Swiss Indoors an den Standort Basel gibt und dass sie sich im Bereich Nachhaltigkeit und Verlegung des Firmensitzes auch wirklich versuchen zu bewegen und vielleicht auch ein Signal in Richtung des Parlaments senden, denn dieses wird heute in aller Voraussicht nach nach «Chrüzlistich» ein klares positives Signal in Richtung von ihnen senden und dann würden wir uns das auch wünschen.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, dem Ratschlag so zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Auch die SVP unterstützt diesen Ratschlag, wenn auch nicht gänzlich frei von Bedenken. Auch wir finden es äusserst unschön, dass der Stadtkanton zahlt und der Landkanton die Steuererträge einstreicht.

Schon ein bisschen mehr Verständnis haben wir, wenn es um den Marketing-Wert geht, weil das Turnier heisst in Gottes Namen Swiss Indoors Basel und nicht Swiss Indoors Münchenstein und schon gar nicht Swiss Indoors Liestal. Deshalb war es wahrscheinlich nicht ganz korrekt, dass man bisher 50:50 aufgeteilt hat zwischen den Kantonen, 100:0 ist sicher auch nicht korrekt. Nun, Baselland hat hier kommerziell entschieden und um kommerzielle Interessen geht es bei diesem Deal. Es ist ein Deal, es ist ein Geschäft zwischen uns als Kanton und einem privaten Anbieter. Basel zahlt, bekommt dafür Publicity, bekommt das Logo in die Welt getragen und bekommt vor allem auch die Garantie, dass das Turnier hier bleibt.

Tennis ist ein mobiler Sport. Schon andere Turniere haben den Durchführungsstandort gewechselt. Das Lauberhornrennen braucht das Lauberhorn, das kann man nicht am Margarethenhügel durchführen, nicht einmal auf der Wasserfallen. Tennis kann man auch in Genf machen, Swiss Indoors könnte man auch in Lausanne durchführen, auch in Zürich. Und insofern, Beda Baumgartner, gibt es sehr wohl auch einen gewissen Markt für dieses Logo Basel beim Turnier, weil da könnte Genf, Lausanne oder *horribile dictu* sogar Zürich stehen.

Wasser-, Fahr-, Ruder- oder Rollhockey-Events sind äusserst sympathische Veranstaltungen. Die Leuchtkraft hört bei den Mitgliedern der Vereine, vielleicht noch beim durchführenden Quartier auf. Von Strahlkraft will ich schon gar nicht sprechen. Die Swiss Indoors dem gegenüber haben weltweite Strahlkraft. Basel, die Marke, der Brand Basel wird in die Welt getragen, erscheint auf CNN, auf Al Jazeera und auf vielen anderen Fernsehkanälen. So gesehen ist der Jahrespreis von Fr. 500'000 sogar als attraktiv zu bezeichnen. Ja, ich sage das nicht oft hier, aber das Präsidialdepartement hat unseres Erachtens hier wirklich gut verhandelt. Gut, wir sind in Zeiten von Wahlkampf, lassen Sie mich das korrigieren, nicht schlecht verhandelt.

In diesem Sinne bitten wir Sie also um Unterstützung dieses Deals und dieses Geschäfts, besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Es geht hier nicht um Baselland, es geht hier nicht um Subventionen, es geht nicht um die St. Jakobshalle, die uns weiss Gott schon genügend ärgert und beschäftigt hier drinnen. Es geht auch primär nicht um die Swiss Indoors. Natürlich sind die Swiss Indoors der Top-Anlass der Region, den man halten muss, dem man den roten Teppich ausrollen muss. Natürlich ist das so, aber auch darum geht es letztlich nicht. Es geht einzig darum, dass mit dieser Werbung der Namen der Stadt auf dem Spielfeld selber neben keinem anderen Logo, neben keiner anderen Werbung ausser dem Tennis-Logo eine einmalige Chance besteht, für Basel-Stadt zu werben und zwar weltweit. Über jeden Bildschirm wird der Name der Stadt flimmern weltweit. Das ist eine Werbung, die man nicht genug einschätzen kann.

Diese Fr. 1'000'000, es sind nicht Fr. 500'000, sondern zweimal Fr. 500'000, diese Fr. 1'000'000 ist marktgerecht und deswegen stimmen wir dem natürlich jetzt zu, diesem Nachtragskredit. Vielen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Eingetragen hat sich Jérôme Thiriet.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Bei uns in der Fraktion, vor allem auch schon in der Kommission sind wir nicht alle der gleichen Meinung gewesen. Ich bin schon auch der Meinung, dass das Turnier sehr wichtig ist, dass die Marketing-Ausgaben auch gerechtfertigt sind. Was mich ein bisschen stört oder ich habe ähnlich ein Déjà-vu wie Luca Urgese, wir haben hier eine



Organisation, die sehr viel Infrastruktur nutzt, also die St. Jakobshalle, und jetzt auch jedes Jahr Fr. 500'000 von uns bekommt und das eigentlich als Wertschätzung verlangt vom Kanton Basel-Stadt, dass man da so viele Leute hinkriegt und ein gutes Image schafft.

Aber umgekehrt ist halt die Beziehung schon wahnsinnig schwierig. Die Verhandlungen sind so, entweder bezahlen Sie oder wir gehen weg nach Zürich oder nach Genf, also immer so ein bisschen mit dem Drohschwert, mit dem Schwert vom Drohen, dass man weggeht. Das ist einfach wahnsinnig unsympathisch und es macht so ein bisschen den Eindruck, wenn wir jetzt zahlen, dann bedeutet das nicht, dass wir hier bleiben. Vielleicht sind wir dann im 2025 weg, dann zahlen wir halt die Fr. 500'000 zurück, das ist ja gleich. Darum wäre es für uns noch wichtig gewesen oder wäre für uns schöner gewesen, wenn man irgendeine Klausel hätte einbauen können und sagen, ja, wenn ihr dann geht im 2026, dann zahlt ihr vielleicht nicht nur die Fr. 500'000 zurück, sondern auch noch einen Penalty drauf.

Einfach so, dass man ein bisschen mehr Druck ausgeübt hätte, weil ich habe auch gehört, dass Herr Brennwald, der ja, glaube ich, immer noch das Sagen hat dort, dass der nicht wahnsinnig viel Rücksicht nimmt, wenn er dann einmal keine Lust mehr hat oder keine Kraft mehr hat, um das Turnier selber zu organisieren und vielleicht keinen Nachfolger findet, der ihm genug Geld bieten kann für das. Dann verkauft er es halt sowieso nach Doha oder nach Shanghai, wo es dann richtig schön buttert und wir können dann mit unserer schönen St. Jakobshalle nichts mehr machen und die Investition für diesen Werbezug hätte uns auch nichts gebracht.

Wegen dem hätten wir es schöner gefunden, wenn wir von Swiss Indoors ein bisschen mehr Commitment bekommen hätten, als nur wie Beat Jans sagen, ja, es ist schön hier in Basel und wir bleiben für immer hier, weil das glaube ich ehrlich gesagt nicht. Da geht es um Cash und da hätte ich, wenn das irgendwie möglich gewesen wäre, in den Verträgen ein bisschen besser verhandelt und das Commitment einfach auf der Gegenseite halt mit einem schönen Commitment im Vertrag abgesegnet.

Von dem her, Rückweisung ist zwar nicht wahnsinnig realistisch, wenn man den Kreuzstich anschaut, aber vielleicht, wenn man dann das nächste Mal wieder in die Verhandlungen gehen muss hoffentlich, wenn das Turnier nach diesen vier Jahren überhaupt noch da ist, dass man dann ein bisschen eine bessere Beziehung hat zu diesem Veranstalter und nicht immer nur einfach vor sich hergetrieben wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Es geht um den Sport, da muss ich etwas sagen. Ich habe viele ganz schöne Sachen gehört, vor allem, was wir hier geredet haben. Ja, die Swiss Indoors, die sind schon seit 50 Jahren hier und es ist für mich der dickste Anlass, den es hier gibt in Basel, was im Sportbereich stattfindet. Dass man das, wenn man das organisiert, nicht machen kann mit: ich bin mit allen Freund, da gibt es halt auf dem Lebensweg von Roger Brennwald, wenn man so etwas organisieren muss, auch natürlich immer wieder Unstimmigkeiten. Da gibt es viele Freunde, da gibt es halt auch ein paar, die einen nicht so mögen, aber wenn man etwas organisieren will, praktisch alleine aus dem Boden stampft, dann ist das einfach eine sensationelle Leistung. Und dass man jetzt hier am Schluss dann sagt, ja okay oder vielleicht ist er in vier Jahren nicht mehr da, vielleicht geht es nach Shanghai, aber die Fr. 500'000, die zahlen wir ja nicht für irgendwo in der Zukunft, sondern das zahlen wir jetzt für eine Gegenleistung, die jetzt stattfindet, Jérôme Thiriet. Natürlich ist es möglich, dass er dann irgendwann einmal geht, aber das tut hier ja eigentlich gar nichts zur Sache.

Ich finde es grossartig, dass wir das unterstützen, wenn Baselland nicht mitmachen will, ist das schwach, weil sie auch profitieren. Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Unterstützung der Swiss Indoors und ich hoffe, ich komme noch ein paar Mal dran, auch heute und das nächste Mal, dann geht es wieder um den Sport, dass Sie da weiterhin dabeibleiben. Vielen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Jérôme Thiriet, nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Alex Ebi, wenn das Baselland nichts zahlen will, wären Sie dann auch dafür, dass wir sagen dürfen, Roger Federer ist ein Basler?

*Alex Ebi (LDP):* Ist er nicht unterdessen schon ein Weltbürger?



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Heidi Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Ich melde mich jetzt auch noch als dritte Vertreterin des Grün-Alternativen Bündnisses der WAK, weil ich dort, ich sage es ganz offen, die Gegenstimme vertreten habe. Mir ist in dieser Diskussion einfach etwas zu kurz gekommen, nämlich, es sind so grundsätzliche Fragen. Die Bedeutung des Turniers ist unbestritten, auch die wirtschaftliche Wertschöpfung. Aber es ist wirklich die grundsätzliche Frage, wir zahlen ein Schnäppchen, Fr. 500'000, und unser Name und der Schriftzug Basel wird dann in über zwei Millionen Haushalte auf der ganzen Welt transportiert und die Hoffnung ist dann, dann kommen alle hierher. Vielleicht jetten sie mit einem Kurztrip nach Basel und ich stelle wirklich die Frage, wollen wir das, ist das das, was wir wollen? Ist das die Nachhaltigkeit, die wir wollen? Ist das nachhaltiger Tourismus? Ich hätte mir gehofft, dass in dieser Diskussion auch diese Fragen noch vertiefter behandelt worden wären, da habe ich überhaupt keine Antwort gehört. Und deswegen bleibt meine Kritik an diesem Mega-Anlass eigentlich sehr grundsätzlich, ob sie jetzt hierherkommen oder nicht.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Gibt es weitere spontane Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit hätte in der zweiten Runde Regierungspräsident Beat Jans das Wort und er wünscht es.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Vielen Dank für die positive Aufnahme dieses Ratschlages. Vielleicht nur zu einer Bemerkung etwas. Jérôme Thiriet hat gesagt, die Swiss Indoors hat uns als Regierung quasi vor sich hergetrieben. Das möchte ich so nicht stehen lassen. Wir haben natürlich intensiv verhandelt. Unsere Mitarbeitenden, die das zum Teil machen einerseits, aber auch wir im persönlichen Gespräch, auch Conradin Cramer ist sehr engagiert in dieser Sache. Wir möchten auch ein gutes Resultat für Basel erreichen und ich meine, das nehmen wir wirklich sehr ernst und deshalb geben wir manchmal auch Widerstand unseren Verhandlungspartnerinnen und -Partnern und dann gehen die vielleicht an die Presse und beklagen sich über mangelnde Wertschätzung oder so. Das ist ein Teil des Spiels, das manchmal halt so abläuft bei Verhandlungen. Aber es zeigt, dass wir solche Verhandlungen sehr ernst nehmen und uns nicht einfach leicht über den Tisch ziehen lassen. Das wollte ich hier noch sagen.

Ich habe aber den Eindruck, und das noch als letztes, diese Idee, diese drei Anliegen: Sitzverlegung, längeres Engagement und auch grösseres Engagement im Bereich Nachhaltigkeit, man könnte zum Beispiel diese Flüge wenigstens kompensieren. Solche Ideen habe ich Swiss Indoors alle unterbreitet und ich bin auf offene Ohren gestossen. Ich werde auch nachhaken, ich hoffe sehr, dass wenigstens ein Teil dieser Forderungen erfüllt werden kann und erfüllt werden wird. Es war zu kurzfristig, um es im Rahmen dieser Verhandlungen auf Papier zu bringen, deshalb steht es hier nicht drin und deshalb glaube ich, hat auch die Kommission darauf verzichtet, das als feste Bedingung festzuschreiben. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Joël Thüring und Andrea Knellwolf verzichten auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten. Die Fraktion GAB beantragt, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir stimmen darüber ab.

### **Abstimmung**

über die Rückweisung an den Regierungsrat

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**17 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001152, 13.09.23 10:54:11]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung an den Regierungsrat.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag des GAB auf Rückweisung abgelehnt mit 77 Nein-Stimmen bei 17 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

**Detailberatung** des Grossratsbeschlusses I (Seite 7 des Berichts)



Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

### Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss I

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**80 Ja, 6 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001153, 13.09.23 10:55:13]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für das Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt (Einkauf von Marketingleistungen) im Rahmen der Swiss Indoors Basel werden für die Jahre 2023-2026 Ausgaben von Fr. 2'160'000 (inkl. MwSt.) bewilligt. Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss I zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen.

### Detailberatung des Grossratsbeschlusses II Nachtragskredit (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

### Abstimmung

Grossratsbeschluss II

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**81 Ja, 6 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001154, 13.09.23 10:56:09]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für das Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt (Einkauf von Marketingleistungen) im Rahmen der Swiss Indoors Basel wird für das Jahr 2023 ein Nachtragskredit von Fr. 269'250 (inkl. MwSt.) bewilligt (Präsidialdepartement, Dienststelle Aussenbeziehungen und Standortmarketing).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss II zugestimmt mit 81 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen.



## 9. Bericht betreffend «Konzept Förderung Jugendkultur»

[13.09.23 10:56:24, 22.1729.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'165'000 zu bewilligen. Für die Kommission BKK das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

*Franziska Roth (SP):* Die BKK hat einen schriftlichen Bericht verfasst und Regierungspräsident Beat Jans erläutert nachher sicher den Ratschlag und das neue Fördermodell Jugendkultur noch. Ich gehe darum nur nochmals ganz kurz auf die Punkte ein, die die BKK beschäftigt haben.

Die BKK begrüsst die Stossrichtung des neuen Modells zur Jugendkulturförderung ausdrücklich. So kann ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Selbstvertrauens und der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen geleistet werden. Das mit dem GGG Kulturkick ein gut funktionierendes Modell gestärkt werden soll und die jungen Menschen so einen einfachen, klaren und niederschweligen Zugang zu einer Einzelprojektförderung und zu einer Beratung bekommen, begrüsst die BKK ebenfalls sehr.

Lange diskutiert hat die Kommission den Aspekt, dass die Altersgrenze für Gesuchstellende auf 30 Jahre angehoben werden soll. Die Altersgrenze beim GGG Kulturkick liegt zurzeit bei der Vollendung des 25. Lebensjahrs. Die Abteilung Kultur setzt die Altersgrenze bei 30 Jahren, weil in der Kulturförderung in der Regel diese Altersgrenze für Jugendkultur gilt. Da die beiden Fördergefässe nun zusammengelegt werden, soll auch die Altersgrenze vereinheitlicht und eben bei 30 Jahren sein.

Viele Kommissionsmitglieder haben ihr Befremden über diese Erhöhung der Altersgrenze bekundet. Die Jugend höre bei 25 Jahren auf, das sei bei vielen Dingen des Lebens so, wie beim ÖV oder auch bei den Krankenkassenprämien. Zudem sei die Grenze bei 25 sinnvoll, da so auch ein Stückweit sichergestellt werden könne, dass nicht Personen unterstützt werden, die bereits Zugang zu etablierten Kulturunterstützung hätten. Andere meinten, dass es gerade bei der Kulturförderung aber Sinn machen könne, die Altersgrenze auf 30 Jahre zu erhöhen, da so die unterschiedlichen Biografien von Menschen besser abgebildet werden können.

Den Antrag, die Altersgrenze auf 25 Jahre zu senken, hat die Kommission mit der Begründung abgelehnt, dass diese Altersgrenze in den Verhandlungen zwischen dem GGG Kulturkick und der Abteilung Kultur aus verschiedenen Gründen abgemacht worden ist und wohl auch Strategien zur Handhabung erarbeitet worden sind und die Kommission hier kein Mikromanagement betreiben soll. Die BKK erwartet aber, dass im Laufe dieser Förderperiode genau hingeschaut wird, wie sich die Anhebung der Altersgrenze auswirkt. So wünscht sich die BKK bei der Erneuerung der Finanzierung der Jugendkulturförderung in vier Jahren eine Auswertung der Altersstruktur. Sollte sich dann zeigen, dass die Altersgrenze mit 30 Jahren zu hoch angesetzt worden ist, würde sich die BKK nicht scheuen, die Altersgrenze zu senken.

Trotz diesen Diskussionen stimmt die BKK dem Ratschlag mit 11 zu 2 Stimmen zu und empfiehlt dem Grossen Rat, dies auch zu tun. Vielen Dank.

*Claudio Miozzari (SP):* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Beat Jans.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Wir beantragen hier ein neues Konzept zur Förderung der Jugendkultur. Das ist eine Neuorganisation der Kompetenzen in diesem Bereich einerseits, aber andererseits auch eine Erhöhung der Beiträge A: an den GGG Kulturkick, Weiterführung und Erhöhung, und B: an die Jugendkulturpauschale, die vom Kanton Basel-Stadt vergeben wird. Beim GGG Kulturkick soll der Beitrag künftig Fr. 400'000 pro Jahr betragen. Im Jahr 2023, im laufenden Jahr, das auch betroffen ist, ist der Beitrag mit Fr. 300'000 noch etwas tiefer und bei der Rahmenausgabenbewilligung für die Jugendkulturpauschale des Kantones sollen künftig pro Jahr Fr. 180'000 eingesetzt werden, im 2023 sind es noch Fr. 125'000. Also gesamthaft geht es um einen Beitrag für die Jahre 2023 bis 2026 von Fr. 2'165'000.

Die Anpassungen von insgesamt Fr. 175'000 für 2023, also die Erhöhung, und Fr. 330'000 für die Jahre 2024 bis 2026 gehen vollumfänglich auf die im Budget 2022 bereits eingestellten Mittel zur Umsetzung der kantonalen Volksinitiative «Aktive Basler Jugendkultur stärken», zur sogenannten Trinkgeld-Initiative. Das neue Konzept, das ich Ihnen vorstellen möchte, will, dass die Beratungsangebote nun klarer zugeteilt werden. GGG Kulturkick hat erfolgreich Jugendkulturprojekte gefördert. Sie soll das jetzt in diesem Sinne wie für die Einzelprojekte alleine tun. Der Kanton seinerseits soll nur noch sogenannte Rahmenprojekte ergänzend dazu finanzieren.

Nun, was ist genau Jugendkultur? Wieso ist das so wichtig? Jugendkultur konkret hier heisst, Projekte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 30 Jahre. Es müssen Projekte sein, die selbst initiiert und von den Interessen der Jugendlichen geprägt sind. So können zum Beispiel selbst organisierte Jugendorchester oder Breakdance-Treffen organisiert und





finanziert werden. Die Tätigkeit, das ist ebenfalls wichtig bei diesen Projekten, muss ausserhalb der Schule oder der Ausbildung stattfinden. Es geht darum, dass hier junge Menschen wichtige Erfahrungen machen können, indem sie eigene Projekte umsetzen, Projekte, die auch identitätsstiftend sein sollen, ihre Kommunikationsfähigkeit verbessern. Da sind auch Menschen darunter, sollen auch Menschen darunter sein, die gar nie den Anspruch haben, von Kultur zu leben.

Das neue Modell will also die Abteilung Kultur und GGG Kulturkick neu organisieren. Einzelprojektförderung wird von der GGG nun vollumfänglich gemacht und Rahmenprojekte der Abteilung Kultur. Grosse Festivals, das ist noch wichtig zu erwähnen, mit einem Finanzbedarf von mehr als Fr. 20'000, die können und sollen auch in Zukunft über den Swisslos Fonds finanziert werden. Dazu gehören zum Beispiel das Jugendkulturfestival, das Europäische Jugendchorfestival oder Imagine. Es geht darum, die Zuständigkeiten klarer zu machen und letztlich auch den Zugang niederschwelliger zu gestalten. Wir glauben, dass GGG hier sehr geeignet ist, auch mit seinem Zugang über die Bibliotheken für Jugendliche dort ein Gesuch zu stellen, ist einfacher, als wenn das über den Kanton geht.

Was kann das für Projekte umfassen? Beim GGG Kulturkick sind es Einzelprojekte, wie gesagt, das können Tonträger sein, Kurzfilme, Kunstausstellungen, die man so realisieren kann. Es geht, wie gesagt, um eigene künstlerische und kulturelle Projekte. Die GGG wird mit künftig 220 Stellenprozent diese Gesuche beurteilen. Das Alter der Mitarbeitenden wird dort bewusst tief gehalten. Es geht darum, dass die Leute, die diese Gesuche prüfen, maximal 35 Jahre alt sein sollen und es geht eben um Projektbeiträge bis zu Fr. 10'000. Eine Jury bestehend aus 9 Mitgliedern, alles junge Kulturschaffende, sollen diese Projekte vergeben. Es geht darum, zielgruppennah, niederschwellig und transparent hier vorzugehen. Die Jugendlichen können hier aber auch fachspezifische Mentorings, themenspezifische Workshops besuchen und sich über Vermittlungs- und Vernetzungsangebote weiter informieren.

Der Staatsbeitrag, wie gesagt, soll künftig hier für diese Leistung Fr. 400'000 jährlich betragen. Die Abteilung Kultur wird aber in Zukunft auch weiterhin Beiträge leisten für Rahmenprojekte. Rahmenprojekte können zum Beispiel Jugendtheaterfestivals sein, offene Musiktreffpunkte, Filmförder-Workshops oder ähnliches. Auch hier soll ein Zugang zur Kultur für einen breiten Kreis von Jugendlichen ermöglicht werden. Auch hier gilt das Alter bis 30 Jahre. Die Förderbeiträge können dort höher sein, bis Fr. 20'000 umfassen und das Budget des Kantons hierfür soll Fr. 180'000 jährlich betragen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir mit dieser Massnahme auch das Kulturleitbild umsetzen. In verschiedenen Punkten wird dort gefordert, dass junge Menschen eben besser Zugang zur Kulturförderung erhalten, dass auch niederschwellig Projekte ermöglicht werden sollen und dass Innovation und neue Potenziale in der Basler Kulturlandschaft gefördert werden sollen.

Die BKK hat in ihrem Bericht erwähnt, dass das Förderalter hier angehoben wird auf 30 Jahre, bisher war es 25 Jahre. Das ist so nicht richtig. Tatsächlich hat der GGG Kulturkick bis jetzt nur bis und mit 25-Jährige unterstützt, aber weil wir eine Neuorganisation machen und der Kanton bis 30 unterstützte, kommt dasselbe raus. GGG Kulturkick macht jetzt einfach Förderung bis und mit 30, aber da findet im Grunde genommen keine Änderung statt, nur die Reorganisation hinterlässt diesen Eindruck. Das vielleicht noch als Ergänzung und sonst möchte ich mich vor allem sehr bedanken bei der Kommission, die auch hier gute Arbeit geleistet hat.

Die Jugendkulturförderung in unserem Kanton ist erfolgreich, das darf man sagen. Die Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, sind positiv. Die Anzahl Gesuche ist zwischen 2014 und 2022 um 89 Prozent gestiegen. Auch deshalb sind wir froh, dass wir mehr Mittel einsetzen können. Die Jugendkulturförderung ermöglicht ein vielfältiges Kulturangebot für ein junges Publikum und das ist eine Investition in die Zukunft, die für unseren Kanton, für unsere Bevölkerung wertvoll ist.

Deshalb bitten wir Sie, hier dem Ratschlag zuzustimmen und letztlich auch der Trinkgeld-Initiative zum Durchbruch zu verhelfen, die ja von der Bevölkerung deutlich angenommen wurde und die von uns fordert, dass wir die Jugendkultur stärker unterstützen. Vielen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die SVP-Fraktion, Sie haben es auf dem «Chrüzlistich» gesehen, lehnt diesen Ratschlag, diesen Bericht ab. Wir sind natürlich auch der Meinung, wie es Regierungspräsident Beat Jans am Schluss seines Votums gesagt hat, dass die Trinkgeld-Initiative umgesetzt werden muss. Dazu gibt es einen Volksentscheid. Wir sind nicht glücklich gewesen damit, dass es auf diesem Wege angenommen wurde. Wir hätten es besser gefunden, wenn zuerst die Regierung zu dieser Trinkgeld-Initiative respektive zur Umsetzung hätte berichten und ein Konzept vorschlagen können.

Nun haben wir verschiedene solche Ratschläge, die auf unseren Tisch kommen, um diese Trinkgeld-Initiative umzusetzen und selbstverständlich sind wir der Meinung, dass man einzelne dieser Ideen auch ablehnen kann, auch wenn wir natürlich das Ziel dieser Trinkgeld-Initiative jetzt anerkennen und auch nicht bestreiten, dass diese zusätzlichen Mittel zur Verfügung



gestellt werden müssen. Dieser Topf an Geldern ist aufgrund dieses Volksentscheides ja doch beträchtlich gestiegen. Es gibt sehr viel mehr Mittel, die nun zur Verfügung stehen, das kann man gut oder schlecht finden.

Uns bleibt ein wenig der Eindruck, dass es nun ein wenig sehr viel mehr Geld hat, das hier zur Verfügung steht, und man hier nun auch bei der Förderung doch sehr grosszügig vorgehen kann. Wir werden das dann auch bei einem späteren Ratschlag zum Thema Clubförderung sicher noch einmal in diesem hohen Hause diskutieren können.

Bei der Jugendkulturförderung, so wie sie jetzt hier in diesem Konzept vorliegt, stört uns, das hat auch die Kommissionssprecherin bereits ausgeführt, das steht auch im Bericht der BKK, vor allem dieses Förderkonzept, dass man bis 30 zur Jugendkultur gehören kann. Für uns ist es doch sehr überraschend, dass man mit 29 noch Jugendkultur betreiben kann respektive als Jugendliche gelten soll. Das ist eine Definition, die uns so in dieser Form recht neu war. Aus unserer Sicht, und da sind wir weiterhin der Ansicht und ich glaube, das ist eigentlich auch Common Sense in der Schweiz, ist man jugendlich bis maximal 25 und ganz bestimmt nicht mit 28. Und wenn ein 28-Jähriger dann künftig Kulturgelder beantragen möchte, dann hat er schon heute sehr viele andere Töpfe beim Kanton, wo er diese Anträge, diese Fördergesuche dann auch einreichen kann. Hier jetzt diese Jugendkultur auf bis 30-Jährige auszudehnen, das ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll und ist vielleicht auch ein bisschen dem eigentlichen Anliegen dieser Trinkgeld-Initiative nicht mehr so gerecht werdend.

Wir sind schon der Meinung gewesen, dass mit der Jugendkultur vor allem sehr junge Künstlerinnen und Künstler gemeint sind, die es vielleicht auch nicht einfach haben, auf anderem Wege zu Unterstützungsgeldern zu gelangen und nicht, dass wir jetzt einfach einen Topf haben, wo dann auch noch 30-Jährige sich mit Anträgen entsprechend bedienen können. Dazu kommt, und das ist der zweite kritische Punkt, den wir sehen, dass es ja dann auch so ist, dass in diesem Fördergefäss auch Personen Anträge stellen können, die 80 Jahre alt sind. Also Sie können, wenn Sie drei 28-Jährige sind, noch 2 80-Jährige finden, die dann mit Ihnen zusammen einen Antrag einreichen und dann könnte es auch sein, dass sie begünstigt werden. Das ist aus unserer Sicht auch nicht die Grundidee dieser Jugendkulturförderung und auch nicht wahrscheinlich die Idee der Trinkgeld-Initiative gewesen.

Da kommen wir deshalb zum Schluss, dass vielleicht dieser Topf ein wenig zu gross ist, dass man hier nun derart grosszügig über die eigentliche Idee von Jugendkultur weg sehen kann oder aber, dass wir ein unterschiedliches Verständnis von Jugendkultur haben. Das scheint der Fall zu sein. Wir sind nicht der Meinung, dass 30-Jährige Kulturgelder erhalten sollen und wir sind auch nicht der Ansicht, dass eine Gruppe, bei welcher dann irgendwie ein Teil der Kulturbeteiligten 50, 60 oder 80 Jahre alt sind, ebenfalls von diesem ganz konkreten Topf dann profitieren können.

Deshalb lehnen wir diesen Ratschlag ab und wir bitten Sie, uns zu folgen. Der Regierungsrat kann dann in einem zweiten Schritt, sollten Sie unserem Antrag folgen, diese Konzeptförderung Jugendkultur neu aufgleisen und sich an dem gängigen Begriff der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr bedienen. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Wir aus der LDP-Fraktion sehen das ein bisschen anders als die SVP. Die zweite Umsetzungsetappe der Trinkgeld-Initiative widmet sich insbesondere der Systematisierung des Fördermodells Jugendkultur. Wir begrüssen diese in ihrem Grundsatz. Die vielen Mittel, die durch die Trinkgeld-Initiative für die Jugendkultur zur Verfügung stehen, sollen effektiv und effizient eingesetzt werden. Dies soll mit dem neuen Fördermodell erreicht werden. Sehr zu begrüssen ist, dass der GGG Kulturkick weiterhin für die Einzelprojektförderung zuständig bleibt. So müssen keine neuen Strukturen geschaffen werden, sondern eine erfahrene, in diesen kunstschaffenden Kreisen bekannte und etablierte Institution bleibt erhalten und wird gestärkt. Dieser Public-Private Partnership zwischen Kanton und GGG Basel ist ausdrücklich zu unterstützen.

Die Anhebung der Altersgrenze auf 30 Jahre beurteilen wir pragmatisch. Es macht Sinn, die Altersgrenze an die in der Jugendförderung übliche und auch festgelegte anzugleichen. Andernfalls entsteht ein Flickenteppich, der für Verwirrung sorgt und so zu Ineffizienz führt. Das sollte möglichst vermieden werden. Wir sind gespannt auf die von der BKK gewünschte Auswertung der Altersstruktur der Geförderten. Diese wird in die Diskussion um die nächste Rahmenausgabenbewilligung einfließen.

Es ist sinnvoll, dass die Förderung der Rahmenprojekte in der Zuständigkeit der Abteilung Kultur verbleibt. Deren institutionelles Wissen und die langjährigen Arbeitsbeziehungen zu den anderen Förderstellen kommen so weiterhin zum Tragen. Die bessere Transparenz in den Strukturen und Zuständigkeiten der Jugendkulturförderung halten wir für richtig und sind überzeugt, dass diese den Jugendlichen zugutekommt und sie in ihrem Wirken erfüllt.

Im Namen der LDP bitte ich Sie, dem Ratschlag Jugendkulturförderung zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.



*Sasha Mazzotti (SP):* Ich freue mich über den Ratschlag Förderung Jugendkultur. Synergien werden genutzt, Erfahrungen zum Beispiel des GGG Kulturkicks fliessen ein und in Zusammenarbeit mit jungen Menschen wurde das entwickelt. Es ist niederschwellig und die Beiträge sind in einem kleinen Rahmen. Basel glaubt an die künftige Generation und will sie stärken. Die Präsidentin Franziska Roth, Regierungspräsident Beat Jans und jetzt auch Catherine Alioth sind näher darauf eingegangen, daher gehe ich direkt zum Hauptkritikpunkt. Wie lange bist du denn eigentlich jugendlich? Sich jugendlich fühlen und jugendlich aussehen, zählt natürlich nicht. Offiziell laut UN 24, gesetzlich 18, aber im Ratschlag steht explizit auch junge Erwachsene, obwohl klar im Titel des Ratschlages: Förderung Jugendkultur.

Im Gegensatz zur SVP habe ich aber keine Angst, dass richtige Jugendliche bei diesem Modell zu kurz kommen und ich habe auch nicht ein grosses Misstrauen, das es an falsche gehen könnte und nun die 80-Jährigen hier absahnen. Entscheidend ist nicht das Alter, sondern die Professionalität. Wer mit 21 schon ihren Lebensunterhalt mit Kulturschaffen verdient und sich etabliert, stellt hier in diesem Gefäss keine Anträge. Dafür, das wissen wir, gibt es andere.

Warum macht es Sinn, das Alter zu erhöhen bzw. wie Beat Jans gesagt hat, ist das nicht ganz richtig so. Ich habe das auch jetzt gerade begriffen, aber das spielt keine Rolle, denn für mich steht hier die Chancengerechtigkeit im Zentrum. Nicht alle haben die Möglichkeit, als Teenager eine Ausbildung im kulturellen Bereich abzuschliessen, obwohl sie Talent hätten. Nicht alle Kinder und Jugendliche werden von Hause aus gefördert und unterstützt, ihre Träume zu folgen, sondern nach wie vor steht eine Berufslehre und baldiges Geld verdienen im Vordergrund. Sie lernen zuerst, und dies sage ich bewusst in Anführungs- und Schlusszeichen, einen «anständigen» Beruf. Dass Kulturschaffen für sie eine Option ist und dass sie mit ihrem Talent tatsächlich Geld verdienen könnten, entpuppt sich erst später.

Biografien sind und waren nie linear und dies erkennt die Abteilung Kultur bei der Ausarbeitung des Ratschlages. Und wenn diese jungen Erwachsenen merken, dass Kulturschaffen ein zu hartes Brot ist, und das ist es, können sie wieder zurück zu ihrem erlernten Beruf oder entwickeln daraus eine andere Karriere und das müsste doch auch im Sinne der SVP sein.

Noch eine kurze Anmerkung zu mehr Geld. In den Medien wurde neulich berichtet, wir in Basel fördern so viel, dass es lukrativ sein könnte, hier als Kulturschaffende zu arbeiten. Haben Sie tatsächlich den Eindruck, Kulturschaffende verdienen ohne Aufwand und erarbeiten hier in Basel eine goldene Nase? Dem «Chrüzlistich» konnte ich entnehmen, dass von rechts nach links die meisten in diesem Rat diesen Ratschlag unterstützen. Vielen herzlichen Dank dafür.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Heidi Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Auch das GAB stimmt dem vorliegenden Ratschlag betreffend Förderung der Jugendkultur zu.

Die Frage des Alters der Anspruchsberechtigten, die in der BKK und auch hier jetzt zu Diskussionen geführt hatte, war bei uns in der Fraktion eigentlich kein Thema mehr. Wir können die Begründung nachvollziehen, dass der Kanton mit der Jugendkulturpauschale schon früher junge Menschen bis 30 gefördert hat und dass nun mit dem neuen Fördermodell auch von Kulturkick diese Handhabung übernommen wird. Ob das jetzt eine Reorganisation ist oder nicht, darüber möchte ich nicht streiten, auf alle Fälle ist es für den Kulturkick eine Änderung gegenüber der bisherigen Handhabung.

Für uns ist es ganz wichtig und wir sind der Ansicht, dass die Zielgruppe der Jugendförderung ausgeweitet werden soll und dass es Bemühungen braucht, zum Beispiel Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit tieferem Bildungsniveau oder Jugendliche aus weniger kulturrainen Familien zu erreichen und auch deren kulturelle Aktivitäten zu fördern. Ob das mit der Erhöhung der Altersgrenze tatsächlich so erreicht wird, das bleibt abzuwarten, da braucht es sicher auch noch andere Massnahmen. Aber die BKK fordert ja in ihrem Bericht auch eine entsprechende Auswertung bis zur Behandlung der nächsten Förderperiode. Darauf basierend können gegebenenfalls auch Korrekturen angebracht werden.

Ich finde nicht, dass der Fördertopf zu gross ist, aber auch bei mir kommt langsam der Eindruck auf, dass man nicht mehr so richtig weiss, wohin mit dem Geld, das aufgrund der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative zur Verfügung steht. Hier in diesem Fall kommt jetzt halt der GGG Kulturkick zum Zuge und erhält eine Erhöhung. Das ist ein Anbieter, der schon einige Erfahrung in der niederschweligen Förderung von jungen Kulturschaffenden aufweisen kann. Es werden noch weitere Geschäfte folgen, andere Anbieter buhlen um mehr Geld. Es ist hier einiges in Bewegung und wir dürfen auf alle Fälle gespannt sein, wie es weitergeht mit der Förderung der Jugend- und Alternativkultur.

Ich bitte Sie aber, diesem Ratschlag zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.



*David Jenny (FDP):* Als definitiv Alter erinnere ich mich an folgende Weisheit: Trau keinem über 30. Das war früher auch eine allgemein akzeptierte Definition, wann wirklich das Alter beginnt und wie lange die Jugend dauert. Diese Definitionen haben alle ein bisschen etwas künstliches, aber es wurde gesagt, wir sind jetzt nicht ganz auf einem Greenfield.

Wir haben ein Gefäss, das hatte schon diese Altersgrenze 30. Das wurde so nicht kritisiert und warum das jetzt aufgegeben werden muss, hat die SVP nicht zwingend dargelegt. Und ich glaube, wenn sie konstruktiv mitdiskutiert hätte, dann hätte sie ja einen Rückweisungsantrag gestellt und nicht einfach Nein gesagt. In diesem Sinne, auch wenn man das, wenn man das alles von neu konzipiert hätte, vielleicht anders hätte sehen können, glaube ich, können wir jetzt mit diesen 30 hier leben. Wie gesagt, es sind ja nur Personen, die nicht professionell tätig sind, und sie können sich nicht einfach bedienen. Sie sind antragsberechtigt, ob das bewilligt wird oder nicht. Das passiert in einem Prozedere und ich bin ziemlich überzeugt, wenn wir die Auswertung haben, dass die Fälle der Gesuche, die für Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen zwischen 25 bis 30 bewilligt werden, die werden nicht allzu zahlreich sein und daher können wir, glaube ich, hier mit gutem Gewissen zustimmen. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Auch die Fraktion Mitte/EVP unterstützt diesen Ratschlag. Der «Chrüzlistich» zeigt ja sowieso, dass von links bis rechts grosse Zustimmung herrscht. Das weist daraufhin, dass es wahrscheinlich wirklich nicht viel gibt, was dagegen spricht und ich möchte da nur ganz kurz einfach auf den Einwand auch noch eingehen der SVP. Ich verstehe, dass man die Altersfrage stellt, wir haben sie ja in der Kommission darum auch diskutiert. Wir haben darum im Bericht ja auch geschrieben, wir möchten gerne wissen dann im Hinblick auf eine Weiterführung, wie die Altersstruktur der Antragsstellenden ist. Dass nun aber im Votum, um die Problematik darzustellen, auf die kreative Möglichkeit hingewiesen werden muss, dass 80-Jährige Jugendkulturförderungsgelder beziehen könnten, das zeigt für mich ein bisschen, wie wenig Substanz wirklich hinter diesem Einwand steckt, dass man allein aus dieser Frage heraus nun ein Ratschlag, ein Bericht ablehnt, obwohl man zugleich sagt, dass man selbstverständlich den Volkswillen hinter der Trinkgeld-Initiative ernstnehmen möchte.

Darum auch im Namen der Mitte/EVP bitte ich um Überweisung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde verzichten Beat Jans und Franziska Roth auf ein Votum.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

#### **Detailberatung** des Grossratsbeschlusses I GGG Kulturkick (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**79 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001156, 13.09.23 11:29:03]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Für die GGG Basel zuhanden GGG Kulturkick werden Ausgaben in Höhe von Fr. 1'500'000 (Fr. 300'000 für das Jahr 2023, Fr. 400'000 p. a. für die Jahre 2024 bis 2026) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss I zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen bei 11 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

**Detailberatung** des Grossratsbeschlusses II Nachtragskredit (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

**Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**81 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001157, 13.09.23 11:29:58]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für Staatsbeiträge für die Jugendkulturpauschale für die Jahre Juli 2023 bis Dezember 2026/2029 wird eine Rahmenausgabenbewilligung in Höhe von Fr. 665'000 (nicht indexiert) erteilt. Dabei können Förderentscheide bis 31. Dezember 2026 getroffen und daraus resultierende Ausgaben bis 31. Dezember 2029 getätigt werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss II zugestimmt mit 81 Ja-Stimmen bei 11 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

## **10. Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022**

[13.09.23 11:30:13, 23.0536.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Die Finanzkommission hat einen Mitbericht zum UAFP erstellt. Für die Kommission GSK hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Wie jedes Jahr im September präsentiert die Gesundheits- und Sozialkommission den Bericht der vier Basler Spitäler zu den Rechnungen des vergangenen Jahres. Dieses Jahr ist es ein wenig spezieller, denn auch die Finanzkommission hat einen Mitbericht zur Rechnung des UAFP zuhanden der GSK erstellt. Die Beratung zu den Rechnungen der Spitäler war stark auch von anderen aktuellen Gesundheitsdebatten geprägt, die sich logischerweise auf die Debatte und Auseinandersetzung in der Kommission ausgewirkt haben. Im Zentrum stand dabei die Wertberichtigung des UAFP von Fr. 96'000'000 und des damit verbundenen Jahresverlustes von Fr. 102'000'000. Dies hat auch in den Medien hohe Wellen geschlagen. Neben der GSK hat sich auch die Finanzkommission dieser Thematik zugewandt und insbesondere den Fokus auf die Rechtmässigkeit des Impairments gelegt. Der Präsident der Finanzkommission wird Ihnen anschliessender darüber berichten.

Zudem beeinflussen auch geplante finanzintensive Spitalbau-Grossprojekte, wie beispielsweise der USB Campus, die Beratung der Rechnungen. Dies aufgrund der Tatsache, dass die Investitionen im Spitalbereich grundsätzlich über den Ertrag und mit der Erreichung einer notwendigen EBITDAR-Marge finanziert werden sollen und wie jedes Jahr bei der Beratung zu den Rechnungen spielen auch der politische und demokratische Handlungsspielraum im Umgang mit den Eignerstrategien eine Rolle. Dies führte dazu, dass die GSK eine Motion zu dieser Thematik eingereicht hat. 2022 ist



hoffentlich das letzte Jahr, welches von der Covid-Pandemie geprägt war, wenn auch nicht mehr im gleichen Masse wie die zwei Jahre zuvor.

Gestützt auf das Gesetz über die öffentlichen Spitäler sowie dem Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin ist der Regierungsrat verpflichtet, die Jahresrechnungen der vier Basler Spitäler dem Grossen Rat zur Kenntnis zu bringen. Die Genehmigung der Jahresrechnung sowie die Zuweisung der Gewinne beziehungsweise der Verluste liegen beim Regierungsrat. Seit vier Jahren lässt sich die GSK die Jahresrechnung zur Berichterstattung überweisen, die stärkt die inhaltliche Auseinandersetzung der Kommission und ist in Anbetracht der Bedeutung für die gesundheitspolitische Versorgung unserer Bevölkerung legitim und wichtig.

Zur Beratung: Die GSK hat an drei Sitzungen die Rechnungen der vier Basler universitären Kliniken behandelt. An der Beratung haben der Vorsteher sowie der Leiter Gesundheitsbeteiligung und Finanzen des Gesundheitsdepartements sowie die jeweilige Vertretung von Verwaltungsrat und Spitalleitung teilgenommen. Wie bereits erwähnt, war das erste halbe Jahr noch stark geprägt von der Covid-Pandemie, insbesondere mit den damit verbundenen Personalausfällen. Gegen Ende Jahr wirkte sich auch der Beginn der Inflation unter anderem mit höheren Energiekosten negativ auf den Aufwand aus. Externe Faktoren wie der Fachkräftemangel und insbesondere das Auseinanderklaffen von Tarifen und Kosten haben und werden grosse finanzielle Auswirkungen haben. Der systemisch bedingte Finanzdruck auf die Spitäler besorgt die GSK sehr, ob die Spitäler in der Zukunft die verlangten EBITDAR-Margen erzielen können, wird in Zweifel gezogen. Versorgungssicherheit benötigt kostendeckende Tarife, dies bleibt eine hochbrisante politische Notwendigkeit.

Ein anderes Thema, welches der GSK auch Sorge bereitet hat, welches sich auch bei beinahe allen Spitälern präsentiert hat, ist der wachsende Einsatz von pflegerischem Temporärpersonal. Wie gesagt, dies erachten wir als sehr problematisch und wir sind froh, dass von allen vier Spitälern Anpassungen vorgenommen werden, um in Zukunft nicht mehr abhängig von privaten Temporärfirmen zu sein.

Nun zu den einzelnen Rechnungen der Spitäler, die Details können Sie dem Bericht der Kommission entnehmen. Zum Universitätsspital USB: Das hat unter Berücksichtigung aller Faktoren insgesamt ein gutes Jahr hinter sich. Das USB erzielt einen konsolidierten Jahresgewinn von Fr. 5'600'000, der aber deutlich tiefer war als im letzten Jahr. Dies ist vor allem den höheren betrieblichen Ausgaben geschuldet, die weit stärker als die Einnahmen gestiegen sind. Dies führte zu einer Absenkung der EBITDAR-Marge auf 6,7 Prozent gegenüber 8,1 Prozent aus dem Vorjahr. Erfreulich ist, dass das USB seine Rolle als universitäres Zentrumsspital für hochkomplexe Fälle klar ausspielen kann und die Fallschwere auf einem hohen Niveau zu liegen kommt. Aufgrund des Rückgangs der Marge und den geplanten grossen Investitionen stellt sich für die GSK die Frage nach der Realisierbarkeit all dieser Vorhaben. Zudem beschäftigt die GSK diverse Fragen rund auch um die Arbeitsbedingungen in der Pflege wie auch um die Anstellungssicherheit von jungen Ärztinnen und Ärzten. Die GSK ist besorgt über den hohen unternehmerischen Druck auf das USB und dessen Auswirkungen, insbesondere weil das USB für die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung und die Nachwuchsförderung in der Medizin von zentralster Bedeutung ist. Ein so hohes Risiko können wir uns hier nicht leisten.

Zum UZB, dem Universitären Zentrum für Zahnmedizin: Das befand sich auch im 2022 weiterhin in seinem Change-Prozess und setzte weitere diverse Prozessoptimierungen, die Digitalisierungsschritte und Kostensenkungsmassnahmen um. Für das UZB war es insgesamt ein erfolgreiches Jahr, die Patientenbehandlungen konnten um 3 Prozent gesteigert und auch der Bruttoertrag lag über dem Vorjahreswert. Dies führte zu einem höheren EBITDAR sowie ein Anstieg der Marge auf knapp 9 Prozent. Trotz erfreulichem Finanzergebnis muss ein Jahresverlust von Fr. 400'000 verzeichnet werden, dies fiel deutlich geringer aus als erwartet. Dieser Verlust führte zu einer erneuten Verminderung des Dotationskapitals und einer weiteren Wertberichtigung in der Bilanz um Fr. 800'000. Die Richtung stimmt und es kann davon ausgegangen werden, dass das UZB in Zukunft wieder positive Rechnungsergebnisse erzielen wird. Längere Change-Prozesse sind für das Personal immer herausfordernd, im letzten Jahr kam es deswegen auch zu einer höheren Personalfuktuation. Dieser Change-Prozess wird Ende 2023 abgeschlossen sein und der Kommission ist es wie wichtig, dass nach Beendigung dieses Wandels eine Konsolidierungsphase eingeleitet werden kann. Insgesamt ist die Entwicklung des UZB in den letzten drei Jahren beachtlich und wir sehen es als Erfolg.

Zur UPK, den Universitären Psychiatrischen Kliniken: Die sind durch die letzten drei Jahre trotz Pandemie sehr erfolgreich gewesen. Die Inanspruchnahme ist seit Jahren auf allen Abteilungen sehr hoch. Auch im 2022 nahmen die ambulanten Leistungen gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich zu, nämlich um rund 13 Prozent, die stationären Leistungen blieben unverändert. Die UPK weisen einen Gewinn von Fr. 5'200'000 aus, die Erträge waren leicht angestiegen, der Betriebsaufwand stieg jedoch im Verhältnis höher an wie auch in anderen Spitälern, haben wir schon erfahren, so dass der Gewinn gegenüber dem Vorjahr leicht zurückging. Insbesondere höhere Personalkosten und betriebliche Aufwendungen waren die Ursachen. Die EBITDAR-Marge lag mit 9,1 Prozent aber immer noch über der Zielmarge von 8 Prozent. Die UPK sind finanziell gut aufgestellt, sie verfügen über genügend Gewinnreserven und einer hohe Eigenkapitalquote. Neben den Umzügen der Krisenintervention KIS und der Heroin-Verschreibung, dem Janus auf den UPK-Campus, beide sind unterdessen übrigens erfolgt, stehen zukünftig administrative Umstrukturierungs- und Digitalisierungsprojekte an.

Der Betrieb der UPK läuft gut und die Auslastung ist hoch und die Nachfrage nach ambulanten wie stationären Leistungen ebenfalls. Ein Kräftemangel ist bis anhin in der UPK nicht zu verzeichnen, die Stellen können besetzt werden. Der GSK ist es



in der Beratung wichtiger gewesen, dass die Zufriedenheit des Personals für zukünftige Entwicklung berücksichtigt wird und begrüsst die getroffenen Massnahmen zur Verbesserung der internen Kommunikation. Die Frage, weshalb eine einmalige Sonderzahlung der Gewährung eines Teuerungsausgleichs vorgezogen wurde, hat die GSK beschäftigt und für einen Teil der Kommission entstand der Eindruck, dass die UPK die Finanzierung von Investitionen gegenüber Personalfragen höher gewichtet.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie wird seit Jahren stark beansprucht und dies trotz hoher Versorgungsdichte. Die Herausforderung, mit welchen Massnahmen die UPK der hohen Nachfrage nach spezifischen Angeboten begegnen will, bleibt mit Sicherheit auch in Zukunft bestehen. Umso besser sind die Kliniken finanziell gut aufgestellt und somit für die Zukunft gerüstet.

Nun noch zum UAFP, da wird der Präsident der Finanzkommission noch in Details eingehen. Die UAFP hat nach Bezug des Neubaus im 2019 einen grossen Investitionsdruck, der sich finanziell in den letzten Jahren sehr belastend auswirkt. Dies ist Ihnen allen bekannt. Die UAFP schliesst das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresverlust von Fr. 102'000'000 ab. Dieser entstand durch eine ausserordentliche Wertberichtigung von Fr. 96'000'000 aufgrund der hohen Abschreibungen auf das neue bezogene Spitalgebäude. Das Geschäftsjahr 2022 wäre ohne diese Abschreibungen jedoch deutlich positiver verlaufen. Der Betriebsgewinn konnte gesteigert werden und auch die EBITDAR-Marge liegt bei der Zielmarge von 8 Prozent. Das Kerngeschäft entwickelt sich in den letzten Jahren positiv, im 2022 wurden deutlich mehr Fälle als im Vorjahr stationär behandelt. Das operative Ergebnis ist auch im Branchenvergleich gut, reichte aber nicht, um die getätigten Investitionen und Abschreibungen zu tragen. Es stellt sich der GSK die Frage, wie optimistisch von den Verantwortlichen kalkuliert wurde in die Tariflücken und ein Fachkräftemangel war auch zu dieser Zeit schon eine bekannte Grösse.

Auch beim UAFP hat die Teuerung und der Fachkräftemangel zu höheren Personal- und Sachkosten geführt, wie schon erwähnt, hat der hohe Einsatz von Temporärkräften zu höheren Kosten geführt. Aufgrund des Fachkräftemangels mussten im vergangenen Jahr 11 Betten geschlossen werden, was sich naturgemäss negativ auf die Einnahmen auswirkt. Die GSK begrüsst die Anstrengung der UAFP, dem Fachkräftemangel zu begegnen, wie beispielsweise mit der Reduktion der Wochenarbeitszeit für das Personal, ein Abstimmen mit anderen Spitälern wäre sicher sinnvoll gewesen. Die GSK sieht den Bedarf des Felix Platter klar gegeben und das Felix Platter ist für die Altersmedizin von grosser Bedeutung.

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt jeweils einstimmig dem Grossen Rat, den vier Beschlussvorlagen betreffend den Jahresrechnungen der Spitäler zuzustimmen und diese zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die Finanzkommission hat sich bereits im Juni 2023, Sie mögen sich vielleicht daran erinnern, im Rahmen der Berichterstattung zur Staatsrechnung 2022 mit dem UAFP, dem Universitären Zentrum für Altersmedizin Felix Platter, und der ausserordentlichen Wertberichtigung von fast Fr. 100'000'000 beschäftigt. Gleichzeitig hat die Finanzkommission auch ganz bewusst entschieden, dass sie sich auch den Bericht zur Rechnung 2022 des UAFP noch einmal als Mitbericht zuweisen will, um entsprechende Fragen mit den Verantwortlichen des Gesundheitsdepartements, namentlich mit Regierungsrat Lukas Engelberger, und dem Verwaltungsrat des UAFP zu klären.

Um die unterschiedlichen Rollen von GSK und FKom nicht zu vermischen, hat sich die FKom, das hat auch der Präsident der GSK bereits ausgeführt, vor allem auf die rechtliche Zulässigkeit des Impairments und dessen Höhe konzentriert. Selbstverständlich verweise ich im Zusammenhang mit der Wertberichtigung von rund Fr. 96'200'000 auch auf unseren Jahresbericht vom Juni und die entsprechenden Ausführungen. Wir haben uns ja auch dort bereits kritisch dazu geäussert, weil diese Wertberichtigung ja nicht nur das UAFP betrifft, sondern auch die Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt entsprechend für das Jahr 2022 doch wesentlich tangiert hat.

Zur Ausgangslage und zur Erinnerung: Die UAFP schliesst das Rechnungsjahr 2022 mit einem konsolidierten Gesamtumsatz von rund Fr. 123'800'000 ab, im Vorjahr waren es Fr. 113'500'000 mit einem durch eine ausserordentliche Wertberichtigung bedingten Jahresverlust von Fr. 102'100'000. Auf Stufe öffentlich-rechtliche Anstalt resultiert bei einem betrieblichen Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Mieten von rund Fr. 9'600'000 ein Jahresverlust von Fr. 102'000'000.

Nun zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Impairments. Diese Frage wurde vorab in der Öffentlichkeit auch durchaus kontrovers diskutiert. Sie mögen sich vielleicht erinnern, es gab dazu auch Zeitungsberichte, da sich vor allem auch die Vereinigung der Privatspitäler öffentlich sehr kritisch zu diesem Impairment und zur Situation geäussert hat. Die Finanzkommission nahm unter anderem auch deshalb den Ball auf und wollte, wie bereits erläutert, vom Regierungsrat weitergehende Antworten zu dieser Frage der rechtlichen Zulässigkeit. Das Gesundheitsdepartement äusserte sich gegenüber der Finanzkommission sehr klar, nämlich dass das Impairment nach Vorgaben von Swiss GAAP FER vorgenommen wurde und dieses Vorgehen zwischen dem UAFP und der Revisionsgesellschaft des UAFP abgestimmt



worden sei. Das Gesundheitsdepartement hielt in seiner Stellungnahme fest, dass der Regierungsrat zwar die Rechnung abnehme, in der Verantwortung jedoch der Verwaltungsrat und die Revisionsstelle stehen.

Im Gesetz über die öffentlichen Spitäler ist festgelegt, dass die öffentlichen Spitäler einen allgemein anerkannten Rechnungslegungsstandard anwenden müssen, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Im Ratschlag des Regierungsrates zum ÖSpG, zum Gesetz über die öffentlichen Spitäler, vom 30. August 2010 wurde dazu ausgeführt, ich zitiere: Dass die öffentlichen Spitäler als aktive Teilnehmer auf einem wettbewerbsorientierten Gesundheitsmarkt in Zukunft auch bei der Rechnungslegung branchenübliche Standards beachten müssen.

Gemäss Fachempfehlungen hat der Regierungsrat Swiss GAAP FER als Rechnungslegungsstandard festgelegt und diesen auch in den Eignerstrategien entsprechend festgehalten. Und nun wird es kurz technisch. Swiss GAAP FER verlangt, dass die Buchwerte von Anlagen den erzielbaren Wert nicht überschreiten dürfen. Liegt der Buchwert zum Beispiel des Spitalgebäudes über dem erzielbaren Wert, muss eine Wertberichtigung, ein sogenanntes Impairment vorgenommen werden. Swiss GAAP FER 20. Wertbeeinträchtigungen regelt, zu welchem Zeitpunkt einen Werthaltigkeitstest durchzuführen ist, welche Methoden diesem zugrunde liegen und wie die Auswirkungen im Jahresabschluss zu erfassen sind. Liegen Anzeichen für eine Wertbeeinträchtigung vor, ist der erzielbare Wert des Vermögenswerts zu berechnen, liegt dieser unter dem Buchwert, muss die Differenz als Wertbeeinträchtigung in der Erfolgsrechnung erfasst werden. Dies also die Ausgangslage gemäss Swiss GAAP FER und auch dann entsprechend die Folgehandlung, die das dann mit sich gebracht hat.

Im Rahmen der Zwischenrevision 2022 hat dann die Revisionsstelle, das ist im Falle des UAFP die KPMG, im abschliessenden Managementletter empfohlen, aufgrund von auslösenden Ereignissen, das sind Anzeichen, eine allenfalls notwendige Wertberichtigung des Spitalgebäudes zu prüfen. Die Leitung des UAFP, namentlich der Verwaltungsrat, hat eine entsprechende Analyse aufgrund dieses Resultats vorgenommen und die drei Risikofaktoren respektive die sogenannte auslösenden Ereignisse identifiziert. Die Ausführungen dazu finden Sie in unserem Bericht, weshalb ich jetzt hier darauf verzichte, sie Ihnen noch einmal auszuführen, weil sie auch durchaus dann sehr technisch werden. Basierend auf den Ausführungen, die gegenüber der Kommission gemacht wurden, also seitens des Gesundheitsdepartements, aber auch des Verwaltungsrates des UAFP bezüglich der Rechtmässigkeit nehmen wir diese Ausführungen entsprechend zur Kenntnis und auch die entsprechende Höhe dieses Impairments.

Wir können in Bezug auf diese rechtliche Zulässigkeit auch auf das Gutachten der Privatspitäler uns beziehen. Dort, das war Professor Dr. Poledna, der dieses Gutachten erstellt hat, er kam ebenfalls zum Fazit, dass die Abschreibungen formalrechtlich gesetzeskonform waren oder sind. Uns scheint jedoch wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, der Spitalleitung, der operativen Leitung des Spitals, dem Eigner, ich habe noch den Verwaltungsrat vergessen, dem Eigner das ist der Kanton, und der Revisionsstelle waren die finanziellen Schwierigkeiten des UAFP seit längerem bekannt. Wir anerkennen aber die Anstrengungen, welche seitens der Spitalleitung zur Verbesserung der Ertragslage bereits ergriffen wurden, die identifizierten externen Faktoren, der Teuerung bei den Personal- und Sachkosten, die Unsicherheiten bei den Tarifentwicklungen und der Fachkräftemangel, es wurde auch bereits erwähnt, bedeuteten schlussendlich für das UAFP, dass die Finanzierung der Abschreibungen aus dem Betrieb nicht mehr realistisch waren und sie erforderten eben gemäss Swiss GAAP FER letztlich diese Wertberichtigung in Höhe von Fr. 96'200'000.

Weiterhin, wie wir schon im Rahmen der Beratung zur Staatsrechnung ausgeführt haben, muss aber heute, und das ist jetzt auch die Kritik, die wir als Kommission noch einmal hier an dieser Stelle anbringen wollen, davon ausgegangen werden, dass bei der Planung des Neubaus des UAFP schlicht von falschen Annahmen ausgegangen wurde. Die Kommission hält basierend auf der Studie des Beratungsunternehmens Elsener & Partner AG vom Dezember 2022 fest, dass das Gebäude beim Neubau deutlich zu gross beziehungsweise falsch dimensioniert wurde. Auch das GD bestätigte uns, dass der Preis pro m<sup>2</sup> Nutzfläche kritisch zu betrachten ist beziehungsweise dass der nicht ertragsabwerfende Flächenanteil des Spitalneubaus zu hoch ist. Wir haben also ein Spital, das eine gewisse Fläche hat und innerhalb dieser Fläche hat letztlich der Teil, der einen Ertrag erwirtschaften kann, einen zu geringen Anteil und das führt dazu, dass das Spital in eine gewisse Problematik hineingeschlittert ist, die es nun auch aufgrund dieser Wertberichtigung mit verschiedenen Massnahmen zu korrigieren gilt.

Zeitgleich halten wir aber fest, und das hält auch das Gutachten fest, dass die Kapazitäten des UAFP im Bereich der Altersmedizin grundsätzlich richtig dimensioniert sind, um der Nachfrage in der Altersmedizin auch entsprechend begegnen zu können. Die Kommission interpretiert dies so, dass trotz erheblichen Anstrengungen den Ertrag der Flächennutzung zu verbessern, das UAFP aufgrund des zu grossen Gebäudes zu hohe Kosten aufweist. Diese laufend zu hohen Kosten führen zu einem Betriebsdefizit, welches mit dem Aufbrauchen des Dotationskapitals finanziert wird. Der Kanton hätte die Möglichkeit, das Dotationskapital wieder einzuschiessen und durch dessen erneutes aufbrauchen könnte das UAFP laufende Betriebsdefizite finanzieren. Das Gutachten Poledna, das ich bereits erwähnt habe, hält dazu fest, dass keine kantonale Rechtsgrundlage zur Defizitdeckung bestehe. Hier, und das wird allenfalls Regierungsrat Lukas Engelberger später auch noch ausführen, besteht zwischen dem Gutachten Poledna, welches im Auftrag der Privatspitäler gemacht wurde, und der Einschätzung des Gesundheitsdepartements weiterhin eine Differenz. Die Finanzkommission möchte sich dazu für den Moment nicht äussern.





Im Hinblick auf die auslaufenden Darlehen des Kantons an das UAFF in den Jahren 2029 und 2035 stellt sich aber für die Kommission die Frage, ob diese durch das Spital zurückbezahlt werden können oder der Kanton dafür dann einspringen muss. Dieselbe Frage stellt sich im Hinblick auf den Campus Gesundheit und die Bauvorhaben des Universitätsspitals Basel. Das GD geht dabei nicht davon aus, dass ausserordentliche Abschreibungen sich periodisch wiederholen werden, betont jedoch, dass die Tarifentwicklung in den nächsten 20 Jahren nicht abzuschätzen sei und dies Einfluss auf die Spitalfinanzierung haben werde.

Diese Situation ist auch für die Finanzkommission grundsätzlich nun einleuchtend. Wir haben mit unserem Bericht auch noch einmal darauf hinweisen wollen, dass bei künftigen Projekten wie beispielsweise, ich habe es erwähnt, dem Bauvorhaben beim Universitätsspital allenfalls ähnliche Problematiken auf den Kanton zukommen können und dass gerade auch bei der Projektierung eines solchen Projektes natürlich geschaut werden muss, dass wir eben nicht wie beim UAFF die Situation haben, letztlich zu viele «tote» Fläche zu haben, die betriebswirtschaftlich dann eben nichts generieren und für das Spital ein Problem darstellen. Wir möchten deshalb diese kritischen Anmerkungen hier gerne anbringen. Wir möchten sie auch dem Regierungsrat auf diesem Wege mitgeben und dann auch selbstverständlich in der weiteren Behandlung allfälliger Geschäfte, die wir ja dann hier in diesem hohen Hause vorliegen haben werden in Bezug auf Bauten, aber dann eben auch wieder in Bezug auf die Jahresrechnungen, dass wir das entsprechend berücksichtigen.

Die Finanzkommission mit diesen kritischen Worten beantragt Ihnen aber einstimmig die Zustimmung zur Jahresrechnung 2022 des UAFF. Besten Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Das Jahr 2022 war natürlich insbesondere in der ersten Hälfte immer noch stark von der Corona-Pandemie geprägt. Die Spitäler haben das sehr deutlich gespürt und sie mussten dann vor allem wahrnehmen, dass die erhoffte Rückkehr in den sogenannten Normalbetrieb getrübt wurde von neuen Herausforderungen. Diese sind zum Teil auch schon erwähnt worden. Die Spitäler sind mit einer schwierigen Personalsituation konfrontiert.

Es gibt einen starken Bedarf für Gesundheitspersonal in den Spitälern, auch in den übrigen Gesundheitseinrichtungen. Viele haben dort den Beruf verlassen oder ihr Pensum reduziert. Wir sind daran, die Bemühungen zu intensivieren, um mehr Fachpersonal auszubilden und in dieses System zu bringen, auch diejenigen zurückzuholen, die allenfalls sich einmal temporär zurückgezogen haben. Da laufen grosse Anstrengungen, aber diese Anstrengungen kosten Geld. Die Spitäler müssen sich bemühen, auf dem Arbeitsmarkt mithalten zu können, insbesondere auch mit Arbeitgebern ausserhalb des Gesundheitswesens. Die Angehörigen der Gesundheitsberufe haben Alternativen, wo allenfalls auch nicht nach Dienst gearbeitet werden muss, Homeoffice möglich etc. ist, Es kostet Geld, den Personalangehörigen Arbeitsbedingungen zu bieten, die ihnen ermöglichen, ihren faszinierenden und auch unmittelbar sinnerfüllenden Beruf weiterhin ausüben zu können. Also, Teuerung auf der Personalseite auf dem gesamten Markt für alle Spitäler, das hat auch unsere Spitäler natürlich getroffen, dann aber auch Teuerung in den Sachgütern, bei der Energie, bei den Medizinalprodukten. Alles hat einen Schub gemacht durch das Jahr 2022 und jetzt auch im laufenden Jahr hindurch und das hat natürlich auch die Spitäler finanziell belastet.

Nicht so stark regulierte Unternehmungen wie beispielsweise Hotels haben dann eine einfache Lösung, sie erhöhen die Preise. Das können sie auch nicht beliebig, es gibt einen Markt. Sie müssen dann die Nachfrage noch sichern, aber sie haben die Möglichkeit, kurzfristig auf der Ertragsseite Massnahmen zu ergreifen. Spitäler können das nicht. Ihre Tarife sind ausgehandelt mit den Versicherern und genehmigt von den Kantonen oder aber festgesetzt von den Kantonen und keiner dieser Tarifverträge enthält eine Teuerungsindexierung. Das ist so im KVG. Vermutlich könnte man diskutieren, aber meine Einschätzung ist im KVG gar nicht vorgesehen. Frankenmässig muss der Tarif taxiert sein, muss er festgesetzt sein. 91 Rappen ist der Taxpunktwert im TARMED. Das ist 91 Rappen seit etwa 20 Jahren und da gibt es keine Teuerungsindexierung. Es muss neu ausgehandelt werden, wenn eine Seite der Auffassung ist, die Tarife müssen erhöht werden, muss man kündigen, muss man neu aushandeln. Das dauert lang und unterliegt dann eben auch diesem Genehmigungsprozess bei uns in den Kantonen.

Wir sehen, dass das in Gang gekommen ist, dass einzelne Tarifverträge in Neuverhandlungen jetzt sind und natürlich die Leistungserbringer versuchen, ihre Tarife der Teuerung anzupassen. Aber das passiert nicht automatisch und es liegt nicht allein in ihrer Hand. Das heisst, es erfolgt verzögert um zwei, drei, je nachdem, wenn es Gerichtsverfahren gibt, vier, fünf Jahre. Es gibt Spitäler, die haben während 10 Jahren in diesem Land keine Rechtssicherheit gehabt über ihren Tarif. Stellen Sie sich einmal vor, Sie sind Hotelier oder Bauunternehmer und Sie kennen ihren Tarif nicht. Sie kennen nur einen provisorischen Tarif und müssen die ganze Zeit überlegen, was passiert, wenn das Gericht dann doch noch zum Schluss kommt, es gelte ein tieferer Tarif. Diese Entwicklung sehen wir hier, die Teuerung, die zeigt sich natürlich unmittelbar bei Personal- und Sachkosten. Die Ertragsseite hält nicht Schritt, preisliche Entwicklungen gehen nicht so schnell und da klafft jetzt eine Lücke, mit der alle Spitäler im Land zu kämpfen haben und bei weitem natürlich nicht nur unsere. Wie sich unsere geschlagen haben, sehen Sie in den Berichten, haben Sie auch erläutert bekommen von den Kommissionsprechern, ich



kann da jetzt vieles auch in meinem Manuskript auslassen. Das universitäre Zentrum für Zahnmedizin und auch die Universitäre Altersmedizin Felix Platter mussten im Jahr 2022 einen Verlust gewärtigen. Die übrigen zwei, USB und UPK, konnten mit Gewinn abschliessen.

Ganz kurz vielleicht Hinweise zu den einzelnen Einrichtungen, ich nehme zuerst das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin. Das ist ja kein Spital in eigentlichem Sinn, sondern ein Unternehmen eigener Art, welches wir als Kanton Basel-Stadt geschaffen haben. Die UZB hat einen Verlust im vergangenen Jahr erwirtschaftet von Fr. 400'000. Die sind in einem Turnaround, das kann man so sagen. Ich rufe in Erinnerung, dass sie fusioniert wurden. Aus den beiden Kliniken des Kantons und der Klinik der Universität gibt es jetzt dieses gemeinsame Zahnmedizin-Unternehmen, das sich um die Erwachsenen-Zahnmedizin, Kinder- und Jugend-Zahnmedizin und eben auch die universitäre Aus- und Weiterbildung in der Zahnmedizin kümmert. Sie haben einen neuen gemeinsamen Standort bezogen in der Mattenstrasse und sind jetzt daran, den Betrieb wirklich auch kulturell in den Abläufen zu integrieren. Wir haben einen guten Austausch mit dem Verwaltungsrat des UZB und sind optimistisch. Das 2022, das letzte Jahr war mit einem Verlust, die UZB sind daran, ihre Ergebnisse zu verbessern.

Das Universitätsspital konnte mit einem bescheidenen Gewinn abschliessen. Wir reden von Fr. 5'600'000. Das ist viel Geld, aber natürlich sehr bescheiden. Wenn wir uns vor Augen halten, dass das ein Unternehmen ist mit deutlich mehr als einer Milliarde Umsatz, dann ist das also sehr spitz kalkuliert, ist es im Grunde genommen eine schwarze 0 bei deutlich wachsender Nachfrage an stationären und ambulanten Leistungen. Das USB ist solide finanziert, blickt aber anspruchsvollen Jahren entgegen. Es spielt dieser Zusammenhang, den ich angesprochen habe, zwischen Kosten und Tarifentwicklung. Wir sehen jetzt, dass das USB wahrscheinlich im laufenden Jahr ein Defizit wird gewärtigen müssen, wir sehen aber auch, dass die Spitalorgane darauf hinarbeiten, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten möglichst bald wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Wir werden über die Perspektiven des USB ja noch weiter Gelegenheit haben zu diskutieren. Die Bau- und Raumplanungskommission hat ihren Bericht ja publiziert zuhanden des Grossen Rates mit Mitbericht der Gesundheits- und Sozialkommission. Wir werden über den Bebauungsplan und die Projekte des Universitätsspitals dann später ausführlicher reden können.

Deshalb kann ich das hier damit abschliessen und mich dem Felix Platter Spital kurz zuwenden. Dazu haben wir ja bereits viel kommuniziert und auch diskutiert. Das ist sehr bedauerlich, dass es hier zu diesem grossen Verlust gekommen ist, der auch zu einer Belastung der Staatsrechnung im Jahr 2022 führte. Das ist sehr ärgerlich und ich habe grosses Verständnis natürlich, dass das in den Kommissionen und auch hier im Haus zu Nachfragen und weiterführenden Abklärungen geführt hat. Wir haben uns bemüht, sie jeweils gut zu dokumentieren und das auch zu erklären. Ich übernehme gerne die Erläuterungen des Präsidenten der Finanzkommission, der die Funktionsweise dieses Rechnungslegungsstandards und der Wertberichtigung Ihnen dargelegt hat. Ich glaube, wir mussten uns dem jetzt ein paar Mal schon zuwenden hier, wie das funktioniert.

In dieser Finanzmechanik ist es zu dieser Wertberichtigung gekommen, die nicht ein politischer Entscheid war, sondern die aufgrund von Hinweisen der Revisionsstelle zwingend vorzunehmen war durch die Spitalorgane. Wir haben das dann genehmigt, ja, das haben wir. Wir hätten dazu kaum eine sinnvolle und anständige Alternative gehabt und haben das jetzt so auch finanziell als Kanton absorbieren müssen. Mir ist schon ein Anliegen zu betonen, das darin keine Subvention zu sehen ist. Es ist kein Geld geflossen ans Felix Platter-Spital. Man hat dem Spital keine neuen Mittel zugewendet und ich muss sagen, ich empfinde die Gutachten, die da bestellt wurden zur Hinterfragung der Rechtmässigkeit, als fragwürdig. Offensichtlich ist das ein rechtmässiger Vorgang und ganz offensichtlich können Sie hier, können wir im Kanton über die Kapitalisierung unserer Spitäler entscheiden. Also darüber möchte ich überhaupt keine Fragezeichen hier entstehen lassen und muss das also zurückweisen, wenn irgendwo noch die Idee im Raum hängen würde, dass es da rechtliche Einschränkungen gibt in der Kapitalisierung unserer Spitäler.

Gut, wir haben gesehen, dass die Kapitalisierung jetzt des Felix Platter Spitals schwach ist. Wir haben natürlich auch eine Rekapitalisierung, also einen Zuschuss von neuem Eigenkapital erwogen, können das auch nicht ausschliessen für die Zukunft, sind aber zum Schluss gekommen, dass aktuell das Spital über die nötige Liquidität verfügt, seinen Betrieb sehr gut aufrechterhalten kann und es somit nicht nötig ist, im Moment eine Rekapitalisierung vorzunehmen. Wir werden das aber im Auge behalten müssen.

Wenn wir hier ja über die Rechnung reden, so darf ich vermelden, dass finanziell die UPK sehr solide aufgestellt sind und nicht zu jetzt schwierigen Diskussionen Anlass geben. Und damit danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit unterbreche ich hier unsere Sitzung und wir werden um 15:00 Uhr mit dem Traktandum 10 und zwar mit den Fraktionsprechenden weiterfahren. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

## Schluss der 25. Sitzung

12:06 Uhr

